kommunistische hochschulzeitung

April 1975 Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) Preis 3.-

Für eine breite Kampffront gegen die Lehramtsstudienordnung

Ende Jänner hat das Ministerium einen neuen Entwurf der LA-STO herausgegeben, der die wesentlichen Punkte des alten, gegen die sich der Protest der Studenten richtete, bebehält und der nur noch mehr Schikanen für die Studenten bringen würde. Diesen Entwurf will das Ministerium Anfang Mai beschließen. Die bürgerlichen Studentengruppen haben im wesentlichen vor der Hartnäckigkeit des Ministeriums kapituliert. Die Studenten aber können die STO nicht ruhig hinnehmen, wollen sie sich nicht freiwillig der Kontrolle und Bespitzelung durch Staat und Schulbürokratie ausliefern, wollen sie nicht schulmäßige Dressur durch Reglementierung und Verschulung des Studiums und einen ungheurer gesteigerten Leistungsdruck sowie völlige Rechtlosigkeit bei der Bestimmung des Praktikumsortes hinnehmen. Diese STO muß weg! Nur duch den gemeinsamen und entschlossenen Kampf können wir das erreichen.

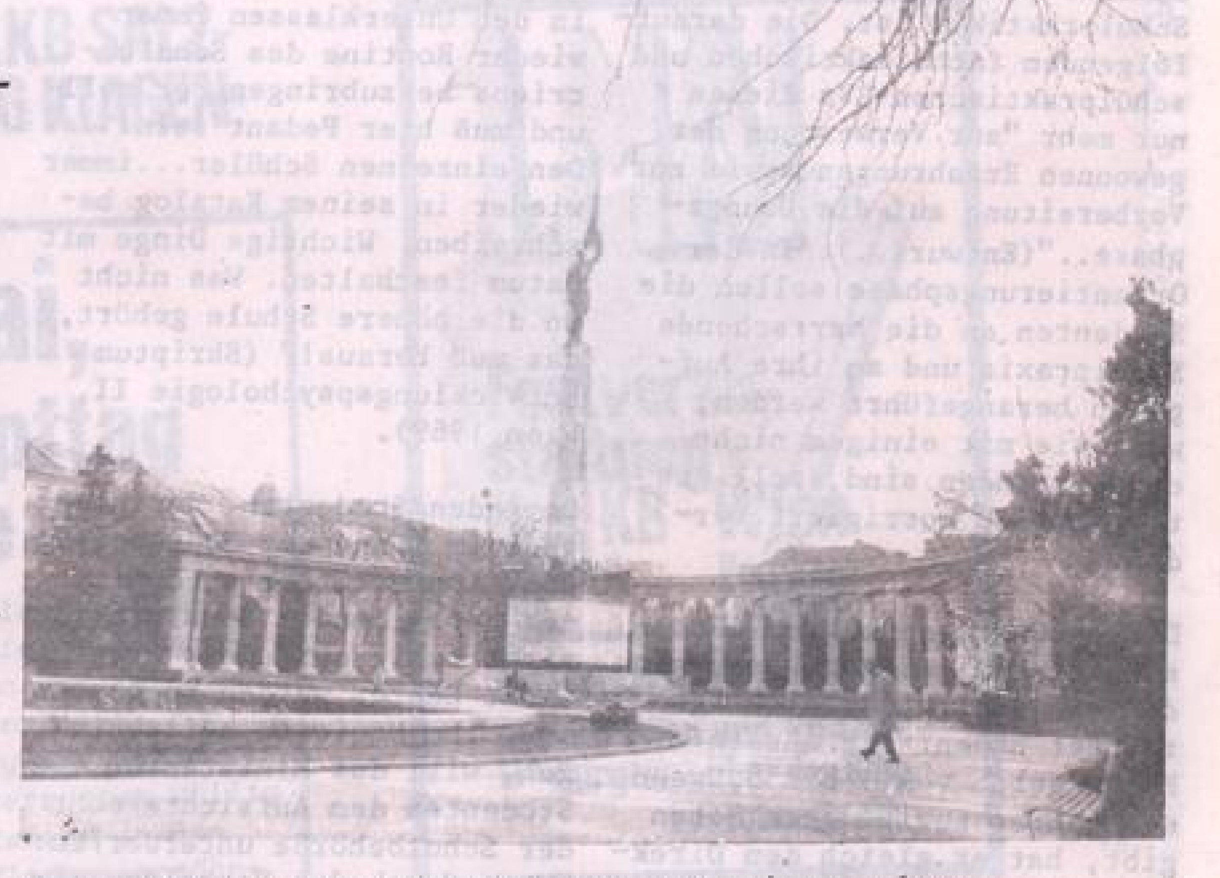
Über den neuen Entwurf breiten die bürgerlichen Studentengruppen den Mantel des Schweigens.
Das darf uns nicht wundern, denn diese Gruppen haben kein Interesse daran, die Rebellion der Studenten gegen den Staat und die LA-STO zu fördern. In einer Situation, wo alles darauf ankommt, die Kräfte der Studenten erneut zu sammeln und zu stärken zum entschlossenen Kampf gegen diesen reaktionären Plan des Ministeriums, stellen sie die Forderung nach "Novellierung des § lo Philosophengesetz", der Dauer und Zeitpunkt des Schulpraktikums festlegt, in den Vordergrund.
Sie wollen keinen Einfluß mehr nehmen auf die Entscheidung des Ministeriums; wenn es nach ihnen geht, dann ist die LA-STO beschlosse Sache, die Studenten sollen die Neuregelung eben fressen. Aber so, wie der neue Entwurf ausschaut, können ihn die Studenten nicht hinnehmen.

GESCHULTE LEHRER? DIE BESSER GEHORCHEN UND BESSER UNTERDRÜCKEN - DAS WILL DIE BOURGEOISIE

Unter den Studenten ist die Meinung noch recht verbreitet, daß die Reform der Lehrerausbildung was Gutes ist, da man so mehr mit dem Schulalltag bekannt wird und mehr pädagogische Kenntnisse bekäme. Aber dieser Schulalltag in Österreichs Schulen, die Inhalte und Formen des Unterrichts sind nichts neutrales. Auf die AHS kommen überhaupt nur 18 % der Jugendlichen, 3o % werden in Berufsschulen nur äußerst schlecht ausgebildet und 25 % der Jugendlichen bekommen nach der Hauptschule keine weitere Ausbildung. Die große Mehrheit kriegt nur die Kenntnisse, die sie für Handlangerdienste oder als zukünftige Facharbeiter unbedingt brauchen. Eine kleine Minderheit der Jugend aber muß die Bourgeoisie zu ihren künftigen Helfershelfern ausbilden. Sie braucht Beamte für ihren Staatsapparat, die für sie das Geschäft der Verwaltung und Unterdrückung des Volkes erledigen, sie braucht ausgebildete Kräfte um ihre Ausbeuterordnung funktionsfähig zu halten und um die Ausbeutung der Werktätigen immer weiter zu steigern. In der AHS will sie diese Schicht herausbilden; damit die Schüler ihre zukünftigen Aufgaben erfüllen können will die Bourgeoisie ihnen Respekt vor der bürgerlichen Wissenschaft und der kapitalistischen Welt einjagen, sie zu einer Elite heranbilden, die aufs Volk herabschaut, die keinen Gedanken an Aufbegehren oder Widerstand gegen ihre Dienstgeber entwickelt. In diesem Sinn sollen die Lehrer die Gynasiasten erziehen, und deshalb müssen sie selbst eine dementsprechende Ausbildungsmaschinerie durchlaufen.

Nach dem Entwurf des Ministeriums sollen die Studenten im 5. Semester überfallsartig in Pädagogik geschult und auf ihren Beruf ausgerichtet werden - nicht zu früh, denn da haben viele noch die eigenen schlechten Erfahrungen mit der Mittelschule vor Augen; - nicht zu spät, damit der Student frühzeitig feststellen kann, "ob er die zum Lehrberuf nötige Eignung und Neigung besitz" (Durchführungsbestimmung zur LA-STO, Rundschreiben Nr. 217/

Fortsetzung S.2



Wien: Denkmal für die bei der Befreiung Wiens gefallenen Sowjetsoldaten

13. April 1975
30. Jahrestag der Befreiung Wiens

Am 13. April 1945 wurde Wien durch die Rote Armee von der faschistischen Diktatur, von der nationalsozialistischen Fremdherrschaft befreit. Die Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg, die damit einhergehende Erschütterung des ganzen imperialistischen Weltsystems und die Errichtung der Volksdemokratie in mehreren Ländern, bedeutete eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses auf der ganzen Welt zugunsten der Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus. Die Niederlage des Faschismus war auch für die österreichische Arbeiterklasse ein bedeutender Schritt vorwärts. Die österreichische Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen hatten jahrelang unter der austrofaschistischen Diktatur und unter der nationalsozialistischen imperialistischen Fremdherrschaft gelitten. Mit der Beendigung des Krieges und der faschistischen Fremdherrschaft verbanden daher die Arbeiter die Hoffnung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Hunger und

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung von S.1

1974 des Bundesminist.f.Unterr. und Kunst)
Wenn man von ein paar theoretisch-pädagogischen Veranstaltungen absieht, die der Student schon im I. Studienabschnitt ablegen kann, beginnt die pädagogische Ausbildung im 5. Semester mit der Orientierungsphase des Schulpraktikums, von Mitte September bis Mitte Oktober (4o Stunden)- also in den Sommerferien. Darauf folgt ein ganzer Block von fachdidaktisch und schulpraktischen LVs, die gemeinsam mit der allgemein-pädagogischen Ausbildung 26 - 34 Wochenstunden umfassen sollen. Sie sollen bis Weihnachten abgeschlossen sein! Im Jänner und Februar ist dann die Übungsphase des Praktikums (8o Stunden). Die Übungsphase kann man auf Antrag auch später absolvieren. Das Schulpraktikum außerhalb des HS-Ortes gebührt dem Studierenden einen Kostenbeitrag nach Maßgabe der Bestimmungen..."(die Punkte sind nicht von uns sondern stehen im Entwurf)!

Am Aufbau der LA-STO sieht man, daß der Kern des Ganzen das Schulpraktikum ist. Die darauffolgenden fachdidaktischen und schulpraktischen LVs dienen nur mehr "zur Verwertung der gewonnen Erfahrungen sowie zur Vorbereitung auf die Übungsphase.."(Entwurf..). In der Orientierungsphase sollen die Studenten an die herrschende Schulpraxis und an ihre Aufgaben herangeführt werden; wenn sie mit einigem nicht einverstanden sind, soll das theoretisch korrigiert werden.

Die zukünftigen Lehrer müssen sich an einiges gewöhnen, mit dem sie vielleicht nicht gerechnet haben: Sie müssen Noten geben von 1 bis 5, wenn ein Lehrer zuviel gute Noten gibt, hat er gleich den Direktor oder den Inspektor im Genick oder wird gleich versetzt. Die Lehrer sind an Anweisungen der oberen Dienststellen gebunden, müssen sie durch Unterschrift zur Kenntnis nehmen und ohne Widerspruch erfüllen. Der Lehrer kann z.B. angehalten werden zu regelmäßig schriftlichen Aufzeichnungen über disziplinwidriges Verhalten und Äußerungen der Schüler, damit die Behörden etwas in der Hand haben, sollte einmal ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden (singgemäß nach einem Läufer des Mus.Päd.II). Die Lehrerstudenten sollen sich in der Orientierungsphase an die Feindstellung zu den Schülern gewöhnen.(In der Schule hat ein Lehrer dann Ansehen, wenn er mit den Schülern "fertig wird".) Sie müssen sich daran gewöhnen, daß oft schon in den Halbjahreskonferenzen über das Schicksal der Schüler entschieden wird und manche, die als "aussichtslos" gelten, zum Freiwild der Professoren bei der Notengebung werden. Falls sich einige Studenten über diese Praxis in den Schulen, die Rechtlosigkeit der Lehrer wundern, soll ihnen mit Hilfe der bürgerlichen Wissenschaft die Notwendigkeit der gespaltenen und repressiven Klassenschule beigebracht werden. Im Skriptum Entwicklungspsychologie von Bayr-Klimpfinger muß er lernen, daß Begabung angeboren ist und die Spaltung des Schulwesens durchaus gerechtfertigt ist. Daraus ergeben sich "pädagogische Folgerungen für den Lehrer an höheren Schulen: ... Unterstufe: Viele Fächer in einer Hand, womöglich Klassenvorstand. Er darf der rauhe Leitwolf sein, Herrschertyp = gute Disziplin. Ausschließen, was in den unteren Klassen nicht mitkommt! Der Lehrer muß wissen, daß er heute einen erhöhten Erziehungsauftrag hat. Er darf es sich nicht verdrießen lassen, in den Unterklassen immer wieder Routine des Schulbetriebs beizubringen, er soll und muß hier Pedant sein! Den einzelnen Schüler...immer wieder in seinem Katalog beschreiben. Wichtige Dinge mit Datum festhalten. Was nicht in die höhere Schule gehört, das muß heraus!" (Skriptum Entwicklungspsychologie II, Wien 1969).

Um jeden Studenten, der nicht ganz im Sinne der Bourgeoisie funktioniert, der sich mit der herrschenden Schulpraxis nicht ruhig abfindet, erst gar nicht Lehrer werden zu lassen oder ihm Manieren beizubringen, will das Ministerium die Studenten dem Aufsichtsrecht der Schulbehörde unterwerfen: "Wenn durch das Verhalten eines Studierenden der ordnungsgemäße Unterrichtsbetrieb der Schule gefährdet erscheint, ist der zuständige Schulaufsichtsbeamte verpflichtet, diesen Studierenden von der weiteren Teilnahme am laufenden Schulpraktikum auszuschließen" d.h. im besten Fall ein verlorenes Jahr.

Die ganze Reform der Lehrerausbildung zielt auf Kontrolle des Staates über die Lehrer bis in die Ausbildung hinein ab. Nur solche Lehrer, die fest auf Seite der Bourgeoisie stehen, die fähig und willig sind, die AHS-Schüler im Dienst der Bourgeoisie auszubilden braucht die Bourgeoisie für ihre Klassenschule. Nur solche Lehrer sollen nach dem Plan des Staates die Ausbildung verlassen.

Gegenüber dieser LA-STO können die Studenten nicht ruhig sein! Der Entwurf der LA-STO muß zurückgenommen werden!

DIE LA-STO KANN ZU FALL GEBRACHT WERDEN!

Im März, als klar war, daß die Entscheidung über die LA-STO bald fällt, bildeten sich 2 unterschiedliche Tendenzen in der Bewegung gegen die LA-STO heraus. Die einen sind selbst an die Organisierung und Vorbereitung von Kampfschritten gegangen, arbeiten in Komitees mit, drängen auf die Einberufung von HVs. Dieser Teil der Studenten, der die Notwendigkeit und Möglichkeit der Verhinderung dieser STO sieht, ist noch sehr klein, der größte Teil der Studenten ist bis jetzt noch passiv geblieben. Sie sind zwar überhaupt nicht einverstanden mit der STO, glauben aber auch nicht, daß man sie verhindern kann. Sie richten den Blick nur auf die Stärke des Ministeriums, das trotz vieler Proteste der Studenten bisher nicht zum kleinsten Zugeständnis gezwunden werden konnte.

Wir müssen aus der bisherigen Bewegung die richtigen Lehren ziehen. Die Demonstration im Juni, an der sich 8oo Studeten beteiligten, war ein deutlicher Ausdruck des Protestes und ein guter Anfang. Der Fehler war nicht, daß wir mit Kampfschritten begonnen haben, sondern daß wir sie nicht entschlossen fortsetzten. Wir haben im Herbst darauf verzichtet, noch mehr Studenten von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Plan des Ministeriums zu überzeugen, und haben so die Ablehnung der LA-STO in die Hände der bürgerlichen Gruppen im ZA der ÖH gelegt. Die einzige Kraft aber, die die LA-STO zu Fall bringen kann, ist die Masse der Studenten.
Das Ministerium ist stark, es hat den ganzen bürgerlichen Staat hinter sich. Aber ist es so stark, daß es sich auf einen offenen Kampf gegen die Mehrheit der Studenten auf längere Zeit erlauben kann? Das ist keineswegs sicher! Wir haben die Möglichkeit die reaktionäre LA-STO zu verhindern und wir müssen sie nützen. Resignation und Zurückweichen vor der Härte des Ministeriums macht das Ministerium nur stärker.

Um Aussicht auf Erfolg im Kampf zu haben müssen wir folgende Voraussetzungen schaffen:

- einheitlich vorgehen und diese Einheit der Studenten herstellen in HVs auf den Instituten, HVs der Fakultäten und in einem gemeinsamen Vorgehen auf nationaler Ebene. Die einzig richtige Losung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt hinter der sich die Masse der Studenten zusammenschließen muß: "SOFORTIGE RÜCKNAHME DES ENTWURFS DER LA-STO" überall verbreiten.
- den gemeinsamen Kampf der Studenten selbständig organisieren, wozu Komitees an den Instituten ein gutes Mittel sind. An einigen Instituten haben sich solche Komitees schon gebildet. (z.B. Germ., Histor., Math.) jetzt kommt es darauf an, sie zur Organisierung der konkreten Kampfschritte zubenutzen.
- großes Gewicht darauf legen, die ÖH-Gremien zur Unterstützung und Führung des Kampfes zu zwingen. Klare Aufträge der Studenten an ihre Vertreter. Die Durchführung der Beschlüsse der Studenten kontrollieren und durchsetzen! Nur wenn die Studenten selbst den Kampf aufnehmen, können sie auch ihre Vertretungskörperschaften, in denen solche Gruppen vorherrschen, die den Kampf gegen die LA-STO abwiegeln wollen, zur Leitung des Kampfes zwingen.
-die Unterstützung der Bevölkerung für diesen gerechten Kampf suchen.

Um zentrale Kampfschritte beraten und beschließen zu können ist eine HV der Phil.Fak. unbedingt notwendig. Schillhab der Vorsitzende der Fak.Vertretung tut alles um die Einberufung einer HV zu verhindern und will höchstens eine Diskussionsversammlung, auf der informiert werden kann, aber keine Beschlüsse von den Studenten gefaßt werden sollen. Auch diese HV, die spätestens in der 2. Woche nach den Osterferien abgehalten werden muß, werden sich die Studenten also erkämpfen müssen.

Angesichts der Tatsache, daß das Ministerium die LA-STO Anfang Mai erlassen will ist die Politik von Schillhab und ÖSU reine Sabotage. Auch der vorläufig von der DSU repräsentierte ZA der ÖH hat die für Mitte März versprochene Versammlung der Studienrichtungsvertreter nicht einberufen. Organisieren wir sie selbst! Beide haben nichts mehr wesentliches gegen diese STO einzuwenden. Wir aber müssen sofort Kampfschritte setzen und uns auf nationale Aktionen einstellen. Organisieren wir eine Demonstration für Mitte April als eine erste Zusammenfassung unserer Kräfte und als einen ersten Schritt im Kampf!

Fortsetzung v.S. 1

30.Jahrestag...

Elend, ohne Krieg und Kriegsgefahr.

Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt, weil die Arbeiterklasse sich nicht bewußt und einheitlich den Bestrebungen der Bourgeoisie entgegenstellen konnte, weil es der Sozialdemokratie gelang, die Arbeiterklasse politisch zu spalten und große Teile der Klasse vom Kampf abzuhalten.

Heute ist Österreich ein Land, in dem alle wirtschaftliche und politische Macht in der Hand der Kapitalistenklasse liegt und das ein Verbündeter des US-Imperialismus ist. Die herrschende Klasse verwendet deshalb auch anläßlich dieses Jahrestages Millionen von den Massen abgepreßter Steuergelder, um den Arbeitern und dem Volk einzubläuen, daß mit diesem Jahrestag 3o Jahre Frieden, Freiheit und Demokratie gefeirt würden. Denn den werktätigen Massen leuchtet nicht von selbst ein, warum sie ein System feiern sollen, das ihnen nur Lohnraub, Arbeitshetze und Gefährdung der Existenz, politische Rechtlosigkeit und Unterdrückung durch den Staatsapparat bringt. Es zeigt sich hier sehr rasch, daß die Einschätzung der letzten 3o Jahre davon abhängt, von den Interessen welcher Klasse man ausgeht.

Während die Bourgeoisie zufrieden sein kann, weil es ihr gelang, aus dem Verhältnissen nach Ende des II. Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch des Faschismus als die herrschende Klasse hervorzugehen, sie die Sanierung und Restauration des Kapitalismus auf dem Rücken der Arbeiterklasse durchsetzen konnte, kommt es für die Arbeiterklasse heute darauf an, sich der Bourgeoisie entgegenzustellen und für die eigenen Interessen entschlossen einzutreten. Dabei ist es auch wichtig, die Lehren aus der Geschichte, aus der Herrschaft des Faschismus und der Gründe, die zum II. Weltkrieg führten, zu ziehen.

Zu einigen Fragen, die in diesem Zusammenhang von Wichtigkeit sind, wird auf Veranstaltungen des KB-Wien, wie der MLS auf der Hochschule, Stellung genommen werden.

NÄCHSTE VERANSTALTUNGEN

KB: Montag,14.4:30 JAHRE BEFREIUNG WIENS
Porrhaus,lolo Treitlstr.

MLS: Diskussionsveranstaltung über Faschismus und 2.Weltkrieg /16.4. 2o Uhr HS 1/NIG

Von Entspannung schwätzen - den Krieg vorbereiten, das ist die Taktik der Imperialisten

Dreißig Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges täuschen "Abrüstungsgespräche" und "Truppenabbaugespräche" das Bild von Sicherheit und Entspannung in Europa vor. Geht man nach den bürgerlichen Zeitungen, scheinen die Konferenzen, die die Supermächte miteinander abhalten, die friedliche Zukunft zu garantieren.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus:

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren mit aller Kraft konventionelle Waffen entwikkelt und in einem noch nie dagewesenen Maßstab ihre Nuklearwaffen ausgebaut.

In den letzten zehn Jahren verzehnfachte sie fast die Zahl ihrer Interkontinentalraketen.

Für den Kampf um die Hegemonie auf den Weltmeeren baut sie energisch ihre Marine und Atom-U-Boote aus.

Gleich nach dem Treffen von Breschnew und Ford in Wladiwostok, welches von der bürgerlichen Presse als "großer Fortschritt vorwärts zur praktischen Einschränkung des Wettrüstens" bezeichnet wurde, beeilte sich die Sowjetunion, neue Versuche mit ballistischen Raketen durchzuführen.

Auch die USA sind keinesfalls gewillt, "Großmacht zweiter Klasse" zu werden. So sind z.B. schon erste Erfolge beim Abschuß von Raketen aus einem Flugzeug bekanntgegeben worden und als "letzten Schrei auf dem Gebiet der Luftwaffentechnik" die Entwicklung des Superbombers B-1 . Dieser soll die überaltete B-52-Armada ersetzen, die durch die neue Generation der sowjetischen Boden-Luft-Raketen nur mehr bedingt einsatzfähig ist. Die Gesamtkosten dieses Projekts belaufen sich bereits auf über 26 Milliarden Dollar. 11 000 Firmen sind an der Fertigstellung des vierstrahligen Giganten beteiligt, der jede derzeit bekannte Verteidigungsvariante des Gegners ausmanövrieren können soll (KURIER 1.2.75.)

Diese Tatsachen zeigen, daß von Abrüstung keine Rede sein kann, daß gerade in letzter Zeit sich das Ringen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um die Vorherrschaft in der Welt verstärkt. Europa, dessen Länder über eine riesige Ansammlung von Produktivkräften verfügen, bildet den Schwerpunkt des Ringens. Riesige Truppenverbände sind hier auf beiden Seiten aufmarschiert: 788 000 NATO-Soldaten unter der Kontrolle der US-Imperialisten einerseits und 935 000 von den Sozialimperialisten befehligte Soldaten des Warschauer Pakts andererseits. Dazu kommen noch 6830 Panzer und 1710 Flugzeuge im Westen und 15 500 Panzer und 2810 Flugzeuge der SU.

Die beiden Supermächte stehen sich also unmittelbar gegenüber und versuchen in einem unablässigen Tauziehen, die eigene Position zu halten und die des Gegners aufzuweichen.

Das Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft auf der Welt treibt auf einen neuen Weltkrieg zu, und ein solcher Krieg wird geführt werden als Krieg um Europa. Die Gefahr eines solchen Krieges ist groß und wächst ständig. Je aktiver die beiden Supermächte die Expansion und Aggression im Ausland betreiben und die Kriegsvorbereitungen intensivieren, desto lauter werden sie "Entspannung" und "Abrüstung" rufen. Genau so machten es die imperialistischen Mächte vor dem Ausbruch der zwei Weltkriege.

Historische Tatsachen verdienen Aufmerksamkeit !

S.H./K.B.

Die Kommunisten werden sich an der ÖH Wahl beteiligen

Am 14., 15., finden die nächsten ÖH Wahlen statt. Die Kommunisten werden sich auch heuer wieder an ihnen beteiligen. Die Wahlen finden diesmal zu einer Zeit statt, in der sich der Meinungskampf unter den Studenten auf Grund der allgemeinen Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in der ganzen Gesellschaft stark verschärft hat. So ist es heute bereits offensichtlich geworden, daß alle Gruppen, die sich an den Wahlen beteiligen werden, Vertreter der verschiedenen politischen Gruppierungen bzw. Parteien sind, wie sie in der ganzen Gesellschaft auftreten, daß sie in ihrer Politik zum Ausdruck bringen, was diese einzelnen politischen Strömungen gegenüber den Studenten für eine Politik zu verfolgen beabsichtigen.

Das ist etwas sehr gutes, denn so wird immer deutlicher, daß die Hochschulen vom gesellschaftlichen Klassenkampf nicht unberührt sind, sondern auch hier der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Köpfe der Studenten geführt wird. So werden wir Kommunisten bei dieser Wahl als offene Parteigänger der Arbeiterklasse auftreten und auch die Zeit vor der Wahl dazu nutzen, die Studenten für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen. Während wir immer gesagt haben, worum es uns geht, haben die Reaktionäre lange versucht, so zu tun, als wären sie"unpolitisch", als seien sie Tag und Nacht nur damit beschäftigt, sich um das Wohl der Studenten den Kopf zu zerbrechen und würden das "Reden", die "Politisiererei" anderen überlassen. Diesen betrügerischen Schleier haben sie aber in der letzten Zeit fallen lassen müssen. Heute treten diese Leute, die ja angeblich von Politik nichts wissen wollen, als Verfechter der bestehenden bürgerlichen Ordnung auf, erweisen sich als treue Gefolgsleute der Bourgeoisie und präsentieren sich auch als solche für die Wahl. ÖSU,RFS,Yes und Neue Mitte, offene Parteigänger der Bourgeoisie in verschiedenen Gewändern, werden ohne Zweifel im Wahlkampf verstärkt ihre volksfeindlichen und reaktionären Ansichten unter die Studenten zu tragen bestrebt sein, ihre Feindschaft gegenüber der Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern mehr oder weniger offen aussprechen und alles daran setzen, die Studenten für ihre Ansichten zu gewinnen. Zu einer derart

Fortsetzung S. 4

offenen Parteinahme für die Bourgeoisie und das herrschende kapitalistische System sind sie gezwungen, weil sie längst erkannt haben, daß die Studenten die bestehenden Verhältnisse in Zweifel zu ziehen beginnen, und nach Auswegen suchen, weil sie wissen, daß sie nur dann Chancen haben, noch länger größeren Einfluß unter den Studenten zu behalten, wenn es ihnen gelingt, den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Studenten einzudämmen und die fortschrittlichen Studenten zu isolieren.

Die reformistischen Gruppen, deren Zahl seit der letzten ÖH-Wahl angestiegen ist, und vor allem der VSSTÖ halten sich bereits für die großen Nutzniesser der aufkommenden Unruhe unter den Studenten und erhoffen sich große Stimmengewinne. Verstärkt werden sie ihre Reform- und Demokratisierungskonzepte unter die Studenten tragen, und diese als den Ausweg aus der Misere anpreisen. Die einen werden offen zugeben, daß sie im Namen einer Partei auftreten, wie der revisionistische KSV, die anderen werden so tun, als hätten sie zu ihrer Mutterpartei keine Beziehungen, wie der VSSTÖ, weil er sich damit nicht besonders beliebt machen würde. Ganz gleich, wie sie sich auch drehen und wenden werden, auf ihr Reformgerede dürfen wir nicht hereinfallen, auch wenn sie es hundertmal als den Weg angeben werden, der einzig und allein die Richtung weist, wie die Studenten sich in den Dienst der werktätigen Bevölkerung stellen können, wie man die Misere im Kapitalismus überwinden kann. Schauen manche dieser Konzepte auf den ersten Blick auch oft überzeugend aus, sie sind es keinesfalls, denn die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst spricht ihnen Hohn und entzieht ihnen den Boden. Was nicht der Wirklichkeit entspricht, kann sich nicht durchsetzen, und so scheitern alle diese Konzepte letztlich an der kapitalistischen Wirklichkeit selbst, die das ganze Elend hervorbringt, die verhindert, daß es beseitigt werden kann, wenn man nicht bereit ist, den Kapitalismus selbst einfür allemal zu überwinden.

In Bezug auf die bisherigen ÖH-Politik bringen nur RFS und YES eine Kritik an, die das allgemein-politische Mandat der ÖH ablehnt. Beide haben die Absicht, einen Gutteil ihres Wahlkampfs damit zu füllen. Beide wollen der Studentenschaft das Recht absprechen, sich in organisierterWeise, über die ÖH, in außeruniversitäre, allgemeinpolitische Angelegenheiten einzumischen. Das bedeutet natürlich keinesfalls, daß diese Gruppen unpolitisch sind oder ihre ÖH-Politik unpolitisch wäre, vielmehr stellt eine solche Politik den deutlichsten Ausdruck des reaktionären Antikommunismus dar, weil sie der ÖH jedes Recht absprechen wollen, mehr als das, was sie "sachlich" nennen, zu tun. "Unsachlich", bzw. politisch und daher zu verbieten, ist für diese Leute einfach alles, was sich erlaubt, solche Aussagen über die bestehende kapitalistische Gesellschaft zu machen, die ihren "sachlichen", d.h. apologetischen, die Ausbeutungsverhältnisse verteidigenden Ansichten nicht entsprechen.



Daß der Wahlkampf bereits voll eingesetzt hat, dafür hat die ÖSU schon gesorgt: sie beißt bereits überall Löcher, was wahrscheinlich ihre neueste Wahlkampftaktik ist. Offenbar hofft sie insgeheim daß alle anderen hineinfallen, damit sie die Frist für die Kandidatur versäumen - die einzige Chance, nicht auch diesmal wieder Stimmen zu verlieren.

Für die Kommunisten ändern sich die Aufgaben während des Wahlkampfes überhaupt nicht. Stets verfolgen wir das Ziel, die Studenten für den Kommunismus und für die proletarische Revolution zu gewinnen, sie in die Bewegungen der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat einzureihen, um sie so mit dem Volk um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen und auf den Ansturm auf die bürgerliche Herrschaft vorzubereiten. Dafür werden wir auch den Wahlkampf nutzen, weil in ihm in vieler Hinsicht günstige Bedingungen vorhanden sind. Die Aufmerksamkeit der Studenten für zahlreiche politische Fragen steigt, weil alle Studentengruppen, v.a. die, von denen sonst nicht viel zu bemerken ist, ihre politische Tätigkeit verstärken, um vergessen zu machen, daß sie, außer in Wahl zeiten, mit den Studenten nichts zu tun haben wollen. Einen guten Teil der Arbeit, dieses verkommene und korrupte Pack bloßzustellen in ihrer ganzen Niederträchtigkeit nehmen sie uns dabei selber ab, indem sie sich gegenseitig ihre gemeinsame Schmutzwäsche um die Ohren schlagen, in der Hoffnung, die Studenten könnte man auf diese Weise glauben machen, daß sie - edel und rein wie sie sind - mit dem ganzen Sumpf in der ÖH nichts zu tun haben.

So wird der Wahlkampf eine Menge Material hervorbringen: die Verkommenheit der bürgerlichen Gruppen, die Grundanschauungen aller um die Unterstützung der Studenten ringenden politischen Kräfte, die Versuche, sich voneinander abzugrenzen. Das alles wird es erleichtern, klare Trennungsstriche zu ziehen.

In der ÖH werden wir keine anderen Ziele vertreten und keine andere Politik machen, als sonst auch. Wir werden ein Aktionsprogramm für die Politik in der ÖH herausgeben, in dem wir die wichtigsten Fragen behandeln werden, von denen wir glauben, daß die Hochschülerschaft dazu aktiv auftreten muß und welche Politik dabei zu vertreten ist.

Um die Auseinandersetzung über richtig und falsch, über unsere Politik zu entfalten und die anderen Gruppen zu zwingen, Stellung zu beziehen, werden wir auch zwei Veranstaltungen durchführen.

G.F./P.M.

Aufruf der MLS Zelle Technik

Vorwärts beim Kampf gegen die 5-und 6-Semesterfrist

Neben den jetzt überall verstärkt eingeführten Studiensequenzen haben sich die bürgerlichen Hochschulreformierer eine Reihe von Fristen ausgedacht. Beide Maßnahmen sollen die Studenten durch ein rationalisiertes Studium pressen, wodurch sie zu disziplinierten und willfährigen Handlangern der herrschenden Klasse und ihres Staates erzogen werden sollen.

Zur 6-Semesterfrist steht im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz (AHStG): "Ein Semester ist in den höchstfolgenden Studienabschnitt einzurechnen, wenn die den vorhergehenden Studienabschnitt abschließende Prüfung bis zu dem durch die Studienordnung festgesetzten Zeitpunkt abgelegt wurde." Dieser schwammige Paragraph wird nun von den diversen Beamten verschieden ausgelegt. Er läßt dem Ministerium die Möglichkeit offen, jedem Studenten, die nach 6 Semestern die 1. Diplomprüfung noch nicht hat, die gültige Weiterinskription zu verweigern, was mit Entzug der Kinderbeihilfe der Freifahrten, mit der Einberufung zum Bundesheer und nach 2 weiteren Semestern mit der automatischen Exmatrikulation verbunden sein kann. Für Studenten, die Stipendien beziehen, hat das Professorenkollegium auf der TH die Frist gleich auf 5 Semester festgesetzt, um auch von dieser Seite für den nötigen Druck zu sorgen.

Angespornt durch den Teilerfolg der Architekturstudenten im Kampf gegen die Fristen, entwickelt sich auf der TH rasch eine breite Bewegung. Auf 4 Hörerversammlungen (Mathematik, Bauinge-

nieure, Maschinenbau und Architektur) wurden ultimative Resolutionen verabschiedet. Bis 7.4.75 wird vom Ministerium das Aussetzen der 6-Semesterfrist und vom Professorenkollegium die Aufhebung der Stipendienfrist gefordert. Um den Kampf auf der ganzen Technik zu organisieren wurde ein Komitee gegründet, in dem jeder mitarbeiten soll, der gegen diese beiden Fristen kämpfen will. Für April ist eine zentrale Hörerversammlung geplant, die weitere Kampfschritte beschließen soll. Die Ausgangslage der Studenten ist also gut.

Die des Ministeriums ist schlecht. Dort ist man in Verwirrung geraten. Firnberg behauptet, daß die Fristen im Interesse der Studenten seien. Es fehlt ihr nur an geeigneten Begründungen. Deshalb hat sie Briefe ausgeschrieben, die über die konkreten Probleme an einzelnen Studienrichtungen eine "Diskussion" entfalten sollen. Für uns Studenten gibt es da aber nichts zu diskutieren. Wir verhandeln doch nicht mit dem Ministerium darüber, ob die Fristen als Disziplinierungsmaßnahme geeignet sind oder nicht. Ab nächstem Wintersemester droht diese Rute. Sie muß zerbrochen werden.

Wir rufen daher alle Studenten auf bei Hörerversammlungen und in Organen der Hochschülerschaft Resolutionen gegen die Fristen zu beschließen. Schließen wir uns im Kampf um folgende Forderungen zusammen:

WEG MIT DER 5- UND 6-SEMESTERFRIST!
WEG MIT ALLEN BESTIMMUNGEN DES AHSTG'S UND DER BESONDEREN STUDIENGESETZE, AUF DENEN DIE 3, 5 UND 6 - SEMESTERFRIST BERUHEN!

SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK OMANS

Spendenkonto:
Zentralsparkasse der Gemeinde Wien
Kontonummer 660 087 305
Kennwort: Oman-Dhofar



Mit ihren zahllosen Luftangriffen auf die befreiten Gebiete wollen die Imperialisten die Menschen ihrer Lebensgrundlagen berauben.

Die Lage an den Schulen

Vor allem die Mittelschullehrer dürfen den Blick nicht auf ihre Schulen beschränken, sondern müssen sich vor Augen führen, daß der kleinste Teil der Jugend - ca 18% - das Privileg besitzt, diese Schulen zu besuchen, um eine höhere Bildung zu bekommen.'
In allen bisherigen Klassengesellschaften hat die herrschende Klasse das Wissen in ihren Händen konzentriert und allein ihren Nachkommen eine organisierte Bildung gewährt - das Volk wurde in Unwissenheit gehalten.
Erst der Kapitalismus mit seiner hoch organisierten und komplizierten Produktionsweise hat die herrschende Klasse gezwungen, auch den breiten Massen ein Mindestmaß an Bildung zu gewähren. Die kapitalistische Schule allerdings ist gespalten: in Höhere Schulen für einige wenige und gewöhnliche Schulen für das Volk.

Die Klassenspaltung der Gesellschaft zieht sich so auch durch das Ausbildungswesen. Die Jugendlichen in den Höheren Schulen sind vorgesehen als "Führungskräfte" der Kapitalistenklasse, als ihre Beamten und Ideologen. Sie werden dazu herangezogen, die Produktion zu leiten und profitabler zu gestalten sowie im Staats- und Verwaltungsdienst zur Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft beizutragen. Während der langen Ausbildung, die sie durchlaufen, werden sie vom Volk und der materiellen Produktion abgesondert und lernen, auf die Arbeiter herabzusehen, sich als etwas Besseres zu fühlen und sie zu verachten - um sie später ohne Gewissensbisse zu gängeln und anzutreiben. Allein den Schülern der Höheren Schule wird im Kapitalismus ein gewisses allgemeines und theoretisches Niveau vermittelt, und sie lernen einigermaßen, mit der Sprache sowie mit den Zahlen umzugehen.

Das Wissen von der Welt und der Geschichte, das die Schüler erwerben, ist zugleich aber völlig zersplittert und zerstückelt, denn man lernt die Welt mit den Augen der Bourgeoisie sehen. Dazu gehört die Erzeugung einer staatstreuen Gesinnung und der Loyalität gegenüber der herrschenden Klasse. Über den Staat lernt beispielsweise der 14-jährige Gymnasiast: "Gewiß hat er eigene Wurzeln und seine Autorität kommt letztlich von Gott .... Aus dem freien Werke jedes einzelnen entspringt der Staat. Was jeder aus ihm macht, das ist er. In mir wurzelt der Staat, in dir. Ludwig XIV. hat einmal gesagt: 'Der Staat bin ich!' Das sollten wir eigentlich alle sagen....Wohl muß Ordnung im Staate sein, sonst geht alles aus den Fugen. Aber von Persönlichkeiten verkörpert, die wissen, daß sie nicht Untergebene kommandieren, sondern freien Menschen gegenüber die Staatsordnung vertreten. Und der Gehorsam soll geleistet werden nicht von Bedienten, sondern von Persönlichkeiten, die Gott verantwortlich sind..." (aus dem Lesebuch "Welt im Wort")
Damit sich die Schüler die bürgerliche Ideologie aber auch wirklich aneignen, wird in den letzten Jahren der Leistungsdruck ungeheuer verschärft. Es geht nicht mehr so gemütlich zu wie früher, sondern Schüler wie Eltern stöhnen laut darüber, daß fast jeden Tag irgendein Test oder eine Schularbeit stattfindet.

DER STAAT SPART BEI DEN SCHULEN

Anders schaut die Bildung der großen Mehrheit der Kinder aus. Sie lernen von vornherein, daß sie nichts oder nur wenig zu erwarten haben, daß sie dumm oder minder begabt sind. Den Kindern im 2.Klassenzug der Hauptschule - das sind 40% - wird größtenteils nicht einmal die Kenntnis der Schriftsprache und der Grundrechnungsarten beigebracht. Großbetriebe, wie z.B. Waagner-Biro, müssen für ihre Lehrlinge nach 9 Schuljahren noch Elementarkurse einrichten, wo sie z.B. dividieren lernen. Im Jahr 1967 haben mehr als ein Drittel aller Pflichtschüler die oberste Schulstufe nicht positiv abgeschlossen oder nicht erreicht - sie wurden so in die Produktion entlassen. Ca 20% aller Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren bekommen gegenwärtig keinerlei Berufsausbildung, sondern arbeiten als Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter. Ca 40% bekommen eine Lehrlingsausbildung. Der größte Teil der Lehrlinge in Österreich arbeitet in kleinen Gewerbebetrieben - nicht wegen der Ausbildung, sondern als billige Arbeitskräfte. Die Lehrlingsentschädigung von 400 S - 1 000 S im Monat macht einen Bruchteil des Lohns aus, der für einen Hilfsarbeiter gezahlt werden müßte. Wenn die 3 Jahre sogenannte Ausbildung um sind, stellt der Unternehmer neue Lehrlinge ein, und die anderen müssen sich eine neue Arbeit suchen.
So schaut die Bildung im Kapitalismus für die Arbeiterjugend aus, und dementsprechend schaut auch die Bildungspolitik der Bourgeoisie aus. Für einen Höheren Schüler gibt sie im Jahr mehr als doppelt so viel als für einen Haupt- oder Volksschüler aus. Bei den Schulbüchern beträgt das Verhältnis ca 400 S für Volksschüler, 800 S für Hauptschüler und 1 200 S für Höhere Schüler.
Die Entwicklung in den letzten 10-15 Jahren schaut so aus, daß auf der einen Seite hauptsächlich die Höheren Schulen ausgebaut, daß neue Gymnasien in kleineren Städten aufgemacht worden sind. Zwischen 1970 und 1980 sollen über 10 Mrd. S für den Ausbau der Höheren Schulen aufgebracht

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung v.S. 5

Schulen...

werden. Auf der anderen Seite wird bei den Volks- und Hauptschulen gespart und rationalisiert: Es gibt in Österreich noch immer einen ungeheuer großen Prozentsatz von Volksschulen, in denen es nicht vier Klassen gibt, sondern nur eine oder zwei. Die Kinder bekommen in diesen sogenannten "niedrig organiserten" Schulen von vornherein eine Ausbildung, die weit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Den Fortschritt im österreichischen Bildungswesen kann man so richtig ermessen, wenn man weiß, daß im Jahre 1973/74 in Niederösterreich die Hälfte aller Volksschulen zweiklassig war gegenüber 58% im Jahre 1912/13, zur Zeit der Monarchie. Niederösterreich liegt laut "Presse" "im Mittelfeld österreichischer Schulstatistik".
Der Weg, auf dem die Bourgeoisie dieses Problem zu bereinigen sucht, ist die Auflassung der kleinen Volksschulen und die Konzentrierung der Schulen in größeren Orten - hier ist in den letzten Jahren eine große Rationalisierung im Gange. So wurden in den letzten 10 Jahren in NÖ fast 400 kleine Volksschulen aufgelassen. Die Zahl der vierklassigen Volksschulen stieg im gleichen Zeitraum nicht einmal um 250. Dieser Weg trifft auf den Widerstand der Bevölkerung, weil er größere Beschwerlichkeiten für die Kinder bedeutet: lange Schulwege, überfüllte Busse, lange Wartezeiten usw.

SCHLECHTE AUSBILDUNG AN DEN PFLICHTSCHULEN

Insgesamt ist die Lage in den Schulen sehr schlecht. Das hat seine Grundlage darin, daß die Kosten für die Ausbildung keinen Profit bringen und daher so niedrig wie möglich gehalten werden. Eine der chronischen Krankheiten der kapitalistischen Schule ist der Lehrermangel. An den Pflichtschulen fehlten 1972 in Österreich fast 10 000 Lehrer, und es gibt keine Anzeichen, daß sich das grundlegend gebessert hat. Die Klassenschülerzahl von 36, bei der man an sich schon keinen guten Unterricht machen kann, wurde im Schuljahr 1973/74 in 10% aller Klassen überschritten, und in mehr als der Hälfte aller Klassen sind im gleichen Jahr Pflichtgegenstände entweder ganz entfallen oder gekürzt worden. In Oberösterreich z.B. gibt es Volksschulen, in denen 5 Lehrer 10 Klassen unterrichten, und an Hauptschulen fehlen bis zu 15 Lehrern. In Vorarlberg wird der Lehrermangel laut Angaben der Landesregierung in den nächsten 15 Jahren nicht behoben werden können. In Kärnten, behauptet Sinowatz, ist der Lehrermangel bereits behoben - tatsächlich hat es Anfang dieses Schuljahres Proteste und Unterschriftensammlungen gegen Klassenzusammenlegungen gegeben, und in 10% aller Hauptschulklassen wird die Schülerhöchstzahl von 36 überschritten. An den Höheren Schulen sieht es entsprechend aus. 1972 fehlten im österreichischen Durchschnitt pro AHS 14 Lehrer - an den Berufsschulen sind 47% aller Lehrer ungeprüft. Der Mangel wird behoben durch Überstunden, durch Anstellung ungeprüfter, bzw. teilgeprüfter Lehrer, die jederzeit gefeuert werden können, sowie durch Zusammenpferchen von 40-50 Schülern in einer Klasse.
Die schlechte Lage, in der sich die Schulen befinden, wird sich durch Sparmaßnahmen in nächster Zeit noch weiter verschlechtern - das Budget für die Schulen ist heuer bereits um einige Prozent weniger gestiegen als in den letzten Jahren. Androsch hat im Herbst erklärt, daß "bereits jetzt die Mittel für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Schulbetriebs nur mit Mühe aufgebracht werden können", und die ÖVP hat erklärt, daß"der Vorrang für die Bildung spätestens mit dem Jahr 1975 zu Ende ist".

DIE MASSEN MÜSSEN SICH IN ALLE SCHULANGELEGENHEITEN EINMISCHEN

Angesichts der Situation, daß ein kleiner Teil der Jugendlichen eine Eliteausbildung bekommt - daß auf der anderen Seite fast ein Viertel der Jugendlichen keinerlei Ausbildung über die Hauptschule hinaus bekommt und die Ausbildung der Lehrlinge völlig unter der Fuchtel der Kapitalisten steht, die jederzeit die Aufnahme von Lehrlingen verweigern können, kann man die verschiedenen Vorschläge für eine Verbesserung dieser tristen Situation beurteilen. Hier gibt es im Wesentlichen zwei Strömungen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß ihre Kinder den kleinbürgerlichen Aufstiegsillusionen nachlaufen und nach einem individuellen Ausweg suchen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterklasse sich nur als Klasse vom Joch des Kapitalismus befreien kann und daß sie eine solche Ausbildung braucht, die ihr dabei hilft. Das bedeutet, den Kampf zu führen um die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und gegen die Vergiftung der Jugendlichen mit der Ideologie der herrschenden Klasse. Deshalb sind wir auch dagegen, daß ein Teil der Jugend von der großen Masse der Jugend getrennt wird, diese Minderheit allein eine theoretische Ausbildung bekommt und zu einer Elite erzogen wird. Alle Jugendlichen müssen eine theoretische und praktische Ausbildung, einen Überblick sowohl über die Produktion als über das Wissen bekommen. Auf der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus sind die materiellen Voraussetzungen gegeben, daß alle Kinder eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr bekommen. Es ist klar, daß die polytechnische Einheitsschule nicht von heute auf morgen und nur im scharfen Kampf gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden kann. Eine umfassende Bildung der Massen, die Entwicklung ihrer Initiative und Selbständigkeit, rüttelt an den Grundfesten der Herrschaft der Bourgeoisie. Diese Forderung drückt die Erziehungsgrundsätze der Arbeiterklasse aus, die sie vollständig erst verwirklichen wird können unter der Diktatur des Proletariats, wenn sie die politische Macht in Händen hält und an die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse geht. Heute ist der Kampf um diese Forderungen geeignet, den Massen eine bessere Qualifizierung ihrer Arbeitskraft zu gewährleisten und ihnen die Kenntnisse und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, die es ihnen erleichtern, in die öffentlichen Angelegenheiten einzugreifen und den Kampf zu führen. Zugleich wird die Spaltung der Jugend beseitigt, was nur im Interesse der Arbeiterklasse, aber nicht im Interesse der Bourgeoisie liegt.
Eine Entwicklung in diese Richtung ist nur möglich, wenn die Massen für diese Forderung entschlossen kämpfen und in die Schulangelegenheiten sich einzumischen beginnen. Die Lehrer müssen sich diesem Kampf anschliessen und die Bestrebungen der Bourgeoisie bekämpfen, die Front Schüler, Eltern auf der einen, Lehrer auf der anderen Seite aufrechtzuerhalten bzw. zu vertiefen.

L.L.

(gekürztes Referat der Veranstaltung über die Zustände im Schulwesen)

'Erziehungsstile' Ein Beispiel aus der pädagogischen Ausbildung

"ERZIEHUNGSSTILE" - EIN BEISPIEL AUS DER PÄDAGOGISCHEN AUSBILDUNG (FÜR LEHRAMTSKANDIDATEN)

Die neue Lehramtsstudienordnung sieht als einen der wichtigsten Punkte die Erweiterung der "pädagogischen Ausbildung" der Lehramtskandidaten vor: Einerseits praktische Erfahrung im Schulpraktikum - andererseits "wissenschaftliche Vertiefung" durch allgemeinpädagogische Veranstaltungen am Institut für Pädagogik.

Was davon insgesamt zu halten ist, sieht man, wenn man sich die Inhalte anschaut, die im Pädagogikstudium im Mittelpunkt stehen: die Bindung des Lehrers an die staatlich verordneten Lehrpläne wird wissenschaftlich begründet

"wissenschaftlich begründet" durch verschiedene Theorien von der Begabung und es werden noch perfektere Methoden der "Differenzierung" ausgeheckt, die z.B. darin ihren Ausdruck finden, daß es schon Schulversuche mit Leistungsdifferenzierung in der 3. und 4. Volksschulklasse gibt.

In der "Unterrichtsforschung" werden schließlich Rezepte vorgeschlagen für einen geordneten und "optimalen" Gang des Unterrichts.

Ein Beispiel davon ist die Theorie von den Erziehungsstilen, mit der jeder Lehramtskandidat konfrontiert wird.

Einige Pädagogen haben nach dem 2. Weltkrieg Untersuchungen gestartet, in denen sie den sogenannten autokratischen oder autoritären (im Unterricht vorherrschenden) Stil mit dem sogenannten demokratischen oder sozialintegrativem Erziehungsstil verglichen.

Am erfolgreichsten stellte sich dabei der sozialintegrative Stil heraus. Er hat nämlich den Vorteil, daß die Kinder dabei das Gefühl bekommen, was sie lernten käme aus ihnen selber, und daher würden sie initiativer, selbständiger und verantwortungsbewußter. Eine der vielen Gegenüberstellungen der beiden Stile soll als Charakteristik dienen:

→

→

"Autokratischer Stil: Unter autokratischer Leitung fügen sich Kinder zwar s c h n e l l e r den Anweisungen, Geboten oder Verboten ihrer Erzieher, aber diese Haltung v e r l i e r t s i c h s c h n e l l, sobald die autokratische Kontrolle verschwindet.

Sozialintegrativer Stil: Unter sozialintegrativer Leitung kommen die Kinder m e i s t l a n g s a m e r zu bestimmten, erzieherisch wünschenswerten Haltungen, aber diese erweisen sich als dauerhafter, weil es sich um e i n s i c h t i g e und f r e i w i l l i g übernommene E i n s t e l l u n g e n handelt."

(Funk-Kolleg, Erziehungswissenschaft)

Besonders hervorgehoben wird außerdem noch, daß der autoritäre Stil häufiger zu Opposition und Rebellion führt. Das heißt nichts anderes, als daß der herkömmliche Führungsstil im Unterricht die Unterdrükkung und Indoktrinierung offener zeigt, während der "demokratische" zu den Schleich-und Schleimtaktiken gehört.

Allerdings ist es so, daß das empfohlene Rezept gar nicht überall anwendbar ist, denn in überfüllten Klassen, mit dem Gebot der unbedingten Lehrplanerfüllung mit Kindern, die sich für ganz andere Dinge interessieren, werden Lehrer, die die mühsamere und umfassendere Aufgabe auf sich nehmen wollen, die Kinder zur freiwilligen Disziplin und Übernahme des Stoffes zu bringen, ganz sicher scheitern. In Klassen der Oberstufe von Mittelschulen, wo die Schüleranzahl schon auf eine kleine "Elite" dezimiert ist, ist diese stilistische Neuerung schon eher praktikabel.

Vielen Studenten imponiert aber dieses Rezept. Sie verbinden damit ihre Wünsche, den Schülern zu helfen, sie zur Kritik zu anzuregen, auf sie eingehen zu können, etc. Dieser Wunsch hat jedoch mit der Empfehlung der bürgerlichen Pädagogen nichts zu tun. Diese Intention müssen die Lehrer vielmehr gegen diesen integrativen Unterricht und seine wirklichen Ziele und Funktionen durchsetzen.

Bei der "wissenschaftlichen" Zusammenfassung der Theorie von den Erziehungsstilen kommt heraus: "Der autokratische Erziehungsstil ruft vorwiegend autokratische und oppositionelle Verhaltensformen und Einstellungen bei den jungen Menschen hervor. Der sozialintegrative bzw. demokratische Erziehungsstil aber ruft auf Seiten der jungen Menschen vorwiegend sozialintegrative bzw. demokratische Einstellungen und Verhaltensformen hervor."

(Funk-Kolleg, Erziehungswissenschaft 1, Seite 91)

Diese tautologische Halbheit bringt die Intention dieser pädagogischen Idealisten zum Ausdruck. Sie suchen nach versteckteren Formen der Unterdrückung. Der offene und aggressive Frontalunterricht ruft zuviel Opposition und Empörung hervor. Um die Jugend früh und sicher genug an die herrschenden Verhältnisse und Ideologien zu binden, suchen die "Wissenschafter" nach Methoden, die der bürgerlichen Scheindemokratie und der heuchlerischen Ideologie der Klassenzusammenarbeit besser entsprechen.

Ein fortschrittlicher Lehrer wird aber gerade die Aufgabe haben, berechtigte Rebellion unter den Schülern zu unterstützen und ihnen den Verlauf der Fronten zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in der Gesellschaft offenzulegen und ihnen zu zeigen, daß der Klassenkampf das treibende Element des gesellschaftlichen Fortschritts darstellt. Daß er sich dabei nicht Unterdrükkermethoden bedienen wird, ist keine Frage der "Effizienz des Erziehungsstils", sondern eine Selbstverständlichkeit, ebenso daß er gegen Unterdrückermethoden bei anderen Lehrern auftreten wird.

Der Grundgedanke und der Anlaß dieser Untersuchungen liegt aber noch tiefer. Der Begründer der Theorien der Erziehungsstile, Kurt Lewin, gehört zu jener Gruppe von Wissenschaftlern, die vor dem Faschismus in die USA geflüchtet sind, und dort das Kunststück zuwegegebracht haben, durch empirische Forschungen im "autoritären Charakter" der sogenannten "Unterschichten", Methoden für die Erziehung zu finden, um in Hinkunft jede Diktatur verhindern zu können. In doppelter Hinsicht sind die Grundgedanken dieser Untersuchungen reaktionär und falsch: Erstens ist festzuhalten: Nicht die Erzieher erzeugen die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern für sie gilt das gleiche wie für Recht und Moral: "...die Moral war stets eine Klassenmoral, entweder rechtfertigte sie die Herrschaft und die Interessen der herrschenden Klasse, oder aber sie vertrat, sobald die unterdrückte Klasse mächtig genug wurde, die Empörung gegen die Herrschaft und die Zukunftsinteressen der Unterdrückten."(Engels, Anti-Dühring)

Und zweitens geht die Betrachtungsweise von Lewin mit der bürgerlichen Hetzpropaganda einher, daß Faschismus und Diktatur des Proletariats dasselbe seien, und beiden gegenüber die bürgerliche Demokratie zu verteidigen sei. Der Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus ist aber nichts anderes, als daß die Bourgeoisie einmal zu ihrer Herrschaftsausübung sich des Parlamentarismus bedient und das andere Mal sich das nicht leisten kann. Beides sind jedoch Herrschaftsformen der Kapitalistenklasse und in beiden steht die Arbeiterklasse vor der Aufgabe, die Herrschaft der Kapitalisten zu stürzen und mittels der Diktatur des Proletariats die Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Die richtige Haltung der Erzieher kann hier nur sein, sich auf Seiten der fortschrittlichen Klasse zu stellen und sich mit ihr und dem Volk im Kampf zu verbünden.

Das ganze Gejammer von Lewin über Demokratie und Selbstbestimmung kann bloß ein Apell an die Bourgeoisie sein, für eine stilistisch schönere Unterdrückung der Volksmassen zu sorgen.

H.B./L.L.

Kambodscha
USA raus und der Krieg ist aus

Die grosse Offensive des kambodschanischen Volkes und seiner Befreiungsstreitkräfte hat die Lon Nol-Clique an den Rand des völligen Zusammenbruches gebracht. Mehr als 2o.ooo feindliche Soldaten wurden im Februar getötet oder verwundet, fast 3oo Stellungen vernichtet, 43 Flugzeuge abgeschossen und Dutzende Panzer zerstört. Mehr als 9o % des Landes und 8o % der Bevölkerung sind befreit! Der Ring um Phom Penh zieht sich immer enger, er verläuft zur Zeit zwischen 2 und 1o km um die Stadt herum. Zu Wasser und zu Land ist Phom Penh völlig abgeschnitten, und nur über eine US-Luftbrücke aus Than Son Nut (bei Saigon) und Utapao (Thailand) kann die Lon Nol-Clique zeitweise mit Waffen, Munition, Treibstoff und Reis versorgt werden. In Phom Penh und den wenigen noch unter der Kontrolle der US-Marionetten sich befindlichen Provinzhauptstädten kämpft die Bevölkerung erbittert gegen die faschistische Diktatur. Arbeiter streiken und besetzen die Betriebe, hungernde Menschen sind in Gruppen auf der Suche nach versteckten Reisdepots, die die Lon Nol-Clique angelegt hat, um den Reis knapp zu halten und die Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. Jeden Tag werden solche Reisdepots gestürmt und die Vorräte brüderlich geteilt. Das Sanitätspersonal streikt wegen Überlastung und Mangels an Lebensmitteln, die Lehrer streiken, auf den Strassen werden Flugblätter verteilt, die das Volk auffordern, sich zu vereinigen, um der verschärften Rekrutierung in den Strassen entgegenzutreten. Am 19. März demonstrierten hunderte Studenten in Phom Penh und forderten die Einstellung der US-Hilfe für Lon Nol und die Abdankung der US-Marionetten. Zwei Tage vorher konnte nur der massive Einsatz der Polizei eine Demonstration von Studenten verhindern, die den Sturz Lon Nols verlangten.

Der Herrschaftsapparat der Lon Nol-Clique ist in Auflösung und auch die US-Imperialisten sehen, dass für sie auf dem Schlachtfeld die Lage nicht mehr veränderbar ist. Deshalb versuchen sie nun, die Königliche Regierung zu Verhandlungen zu bewegen, um ihre Herrschaft in Kambodscha aufrechtzu-

Fortsetzung S. 8

Fortsetzung v.S. 7

Kambodscha...

erhalten. Aber worüber sollte die Königliche Regierung der Nationalen Einheit verhandeln? Das Kambodscha-Problem ist leicht zu lösen. Da einzig und allein die US-Aggression und Intervention schuld daran ist, dass es keinen Frieden in Kambodscha gibt, müssen die USA alle Waffen und Militärberater abziehen und jede weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambodschas aufgeben.

Die österreichische Bundesregierung allerdings hält weiter diplomatische Beziehungen zur Lon Nol-Clique aufrecht, einer "Regierung" ohne Land, ohne Menschen, die nur von der Unterstützung des US-Imperialismus lebt. Fordern wir daher von der Bundesregierung den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den US-Marionetten in Phom Penh und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas, der einzigen legitimen Vertreterin des kambodschanischen Volkes.



Am 25.Februar befreiten die Volksstreitkräfte die alte Kaiserstadt Oudong,3o km nordwestlich von Phnom Penh. Auf dem Foto Soldaten der Volksstreitkräfte vor dem Verwaltungszentrum von Oudong.

Eine Einheit der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha bereitet sich auf den Einsatz vor



Das Schulpraktikum –
Ein gutes Mittel zur Gewöhnung an Unterdrückung und Bespitzelung

Gegenwärtig gibt es keine praktische Ausbildung für die Lehrer der Höheren Schulen und viele begrüßen die jetzige Einführung des Praktikums im Rahmen der neuen LA-StO. Vorbild dafür ist die Schulpraxis an der Pädagogischen Akademie.

Dort lernen die angehenden Pflichtschullehrer die "bewährten" Methoden des Unterrichts, d.h. vor allem der Disziplinierung der Schüler und der Verbannung von selbständigen und fortschrittlichen Gedanken aus den Köpfen der Schüler; auch die "modernen" Methoden der Pädagogik werden zu diesem Zweck herangezogen.

Die Stunden, die die Studenten vorbereiten müssen, werden zensuriert, bzw. einzelne vorbereitete Stunden werden verboten. Für eine Unterrichtsstunde über ein Kindergedicht von Bert Brecht z.B. mußte eigens der Stadtschulrat um Erlaubnis gefragt werden, und er hat sie nicht erteilt - "Brecht ist in Österreich nicht approbiert". Durch vorgeschriebene gegenseitige Beurteilung werden die Studenten gegeneinander aufgebracht, die Beurteilung der Schulpraxis ist ein wesentliches Kriterium für die Anstellung und dergleichen mehr.
Im Entwurf zur Lehramtstudienordnung wird der Druck noch wesentlich verschärft dadurch, daß die Schulbehörden das Recht bekommen, im Praktikum anwesend zu sein und einzugreifen und letztlich über "Eignung und Neigung" des Studenten zum Lehrerberuf die Entscheidung zu fällen.

Im wesentlichen soll also dort gelernt werden, sich der herrschenden Schulpraxis zu unterwerfen; sollen wir daran gewöhnt werden, daß unsere Rechte und Möglichkeiten nun einmal sehr begrenzt sind, sollen wir uns an die Bevormundung durch die Schulbehörden und an all die Schikanen, denen wir später als Lehrer gegenüberstehen werden, gewöhnen.

WIE SEHEN DIE BEDINGUNGEN IN DEN SCHULEN FÜR LEHRER AUS ?

In den Schulen herrschen heute Verhältnisse der Einschüchterung und Unterdrückung. Die bürgerliche Klasse kann die Kinder und Jugendlichen in ihrem Interesse nur erziehen, indem sie das gesamte Schulwesen zentralisiert und der bürokratischen Verwaltung und Kontrolle seitens der staatlichen Gewalt unterwirft. Alles, was hinter den Schulmauern vor sich geht, ist durch Vorschriften bis ins einzelne geregelt und vor dem Zugriff des Volkes gesichert.

Dementsprechend sehen auch die Bestimmungen aus, denen die

Lehrer unterworfen sind. Die gesetzliche Grundlage für die Disziplinierung und Einschüchterung der Lehrer ist das Dienstrecht, für Bundeslehrer gilt die Lehrerdienstpragmatik aus dem Jahr 1917 in der Fassung von 1969.

DIE BEURTEILUNG

Damit die Lehrer ihre Aufgabe erfüllen, sich an die Lehrpläne halten und für Disziplin sorgen, werden sie selbst von den Vorgesetzten beurteilt. In den ersten Dienstjahren regelmäßig, bei "Bewährung" immer seltener. Grundlage ist die Dienstbeschreibung durch den Direktor, der jederzeit in den Unterricht kommen kann, die Hefte und Klassenbucheintragungen kontrollieren muß usw. Zu berücksichtigen sind: *Pädagogische und fachliche Kenntnisse, Kenntnis der einschlägigen Dienstvorschriften; Behandlung der Schüler in didaktischer (=Kenntnisse) und pädagogischer (=Disziplin) Hinsicht; Fleiß, Ausdauer, Gewissenhaftigkeit, Verläßlichkeit und Verantwortungsbewußtsein; Bewährung im Parteienverkehr (gemeint sind die Eltern, Red.); Verhalten im Dienst, insbesondere Benehmen gegenüber Vorgesetzten und den übrigen Mitgliedern des Lehrkörpers sowie Verhalten außerhalb des Dienstes, sofern Rückwirkungen auf den Dienst*

→

eintreten; Erziehungs- und Unterrichtserfolge (§ 20).

DIE PFLICHTEN DES LEHRERS

Er ist verpflichtet, der Republik Österreich treu und gehorsam zu sein.... sich mit voller Kraft und allem Eifer dem Amt und Beruf zu widmen....insbesondere die öffentlichen Interessen zu wahren....sowie alles zu vermeiden oder hintanzuhalten, was den geordneten Gang des Dienstes beeinträchtigen könnte. (§ 22)
Der Lehrer ist verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen seiner Vorgesetzten Gehorsam zu leisten....(§ 23)
Er hat über alle in Ausübung des Dienstes...bekanntgewordenen Angelegenheiten, die im Interesse des Staates, der Schule oder der beteiligten Personen Geheimhaltung erfordern oder ausdrücklich als vertraulich bezeichnet werden, strengstes Stillschweigen zu beobachten. Die Pflicht zur Wahrung des Dienstgeheimnisses besteht auch im Verhältnis außer Dienst und im Ruhestand sowie nach Auflösung des Dienstverhältnisses unverändert fort (§ 24).
Der Lehrer hat in- und außerhalb der Schule oder dem Amt das Standesansehen zu wahren und alles zu vermeiden, was die Achtung und das Vertrauen, die seine Stellung erfordert, schmälern könnte (§ 25).

Dem Lehrer ist die Teilnahme an einem Verein untersagt, wenn sie wegen der Bestrebungen des Vereins oder wegen der Art der Vereinsbetätigung den Pflichten eines Lehrers widerstreitet. Ebenso ist das Eingehen von Verbindungen untersagt, welche den Zweck verfolgen, Störungen oder Hemmungen des Dienstbetriebes herbeizuführen. (§ 26).

Der Lehrer muß auch seinen Untergebenen, den Schülern und Schulinteressenten gegenüber seiner Aufgabe eingedenk sein. (§ 27).

Alle Anliegen..... und Beschwerden in das Dienstverhältnis berührenden persönlichen Angelegenheiten hat der Lehrer ausschliesslich bei seinen Vorgesetzten vorzubringen (§ 28).

Pflichtverletzungen werden geahndet durch Ordnungs- und Disziplinarstrafen. Bei Disziplinarverfahren kann der untersuchende Kommissär auch *die Mitwirkung der politischen Behörden und der Polizei in Anspruch nehmen (§ 128). Die Disziplinarkommission kann einen Lehrer, gegen den ein Verfahren läuft, jederzeit vom Dienst suspendieren (§ 153).*

DIE RECHTE DES LEHRERS

Ausser dem Recht auf Gestaltung des Unterrichts hat der Lehrer das *Recht auf seine rangklassenmässige Stellung (§ 39), Tragen eines Titels (§ 4o) und das Recht auf Ferien (§ 42) und Urlaub.*

WIE SIEHT DIE DISZIPLINIERUNG IN DER PRAXIS AUS?

Dieser Einschüchterungs- und Disziplinierungsapparat soll jeden Widerstand, jede fortschrittliche Regung unter den Lehrern im Keim ersticken und die Lehrer zwingen, den Druck auf die Schüler weiterzugeben. Flankiert wird er durch Repressionen der Vorgesetzten von Person zu Person. Grosszügigkeit wird nur dort geübt, wo die Verfehlungen unpolitisch sind und nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Besonders ins Gewicht fallen jene Vorschriften, die verhindern sollen, dass Lehrer und Eltern, bzw. Schüler untereinander ohne behördliche Kontrolle Kontakt aufnehmen.

EINIGE BEISPIELE

o Ein Lehrer einer Hauptschule machte eine Elternversammlung ausserhalb der Schule. Er wollte Eltern aktiv in den Unterricht einbeziehen, indem sie in einer 3. Klasse, in der hauptsächlich Arbeiterkinder sitzen, über ihre Erfahrungen am Arbeitsplatz berichten sollten. Ein Arbeitskreis sollte Material über Lateinamerika (Einkommensvergleiche USA - Chile) erarbeiten. - Das Ergebnis? - Der Direktor setzte mit Unterstützung der Behörde den Lehrer so massiv unter Druck, dass er zurückweichen und den Plan aufgeben musste.

o An einer Berufsschule werden Lehrer verstärkt inspiziert und mit zusätzlichen Arbeiten überhäuft, seit durchsickerte, dass sie nicht nur unter Kollegen, sondern auch unter Schülern (also Lehrlingen) politisch arbeiten. Die Lehrer wurden unter Druck gesetzt, die Schüler scharf zu disziplinieren, jede Fehlstunde an den Kapitalisten zu melden, bei dem sie beschäftigt sind, schriftliche Strafen zu verteilen und "auf althergebrachten Unterrichtsmethoden zu beharren".

o An einer AHS wurde ein fortschrittlicher Lehrer indirekt unter Druck gesetzt, indem einer seiner Schüler, der in Deutsch ein Referat über Sexualkunde hielt, bestraft und seinen Eltern informell der Ausschluss angedroht wurde. Der Obmann des Elternvereines, der auch im Schulgemeinschaftsausschuss sitzt, hatte sich über den "furchtbaren Unterricht" beschwert, in dem "so etwas erlaubt ist".

o In einer Volksschule in der Grossfeldsiedlung wollte eine Lehrerin einen Lehrausgang in eine Fabrik machen - die Schulleitung lehnte es ab, "die Verantwortung zu übernehmen", und machte den Vorschlag, man sollte lieber die "Knospen im Frühling" beobachten - übrigens in einer Siedlung, in der es keinen einzigen Baum gibt.

Besonders grossem Druck sind die Lehrer im Probejahr ausgesetzt, "um ihnen die Flausen auszutreiben". Der Schulleiter kann einen Probelehrer ohne Schwierigkeiten von der Tätigkeit vorläufig entheben, der angehende Lehrer muss mit Handschlag Amtsverschwiegenheit bei Konferenzen geloben, und im Zeugnis übers Probejahr wird besonders über seine Fähigkeiten zur Aufrechterhaltung der Schulzucht und sein Verhalten im dienstlichen Verkehr geurteilt. Das Probejahr kann nur einmal gemacht werden (§ 21). Als eine Probelehrerin in einer 2. Klasse AHS über die Lebensbedingungen der Sklaven in der griechischen Antike diskutierte, wurde ihr die Klasse weggenommen. Begründung: Eltern hätten sich beschwert; sie sei verhaut; die Schüler seien überfordert worden. Die Klasse wurde anschliessend mit einem scharfen Test niedergeprüft. Man drohte, das im Probejahrzeugnis festzuhalten, ihr "vertraulicher Umgang" mit dem Schulwart wurde scharf kritisiert, weil sie ihn vor Zeugen um seine Meinung gefragt hatte, ebenso wurde ihr Interesse an Schulangelegenheiten negativ eingeschätzt.

Das sind nur wenige Beispiele aus der Fülle von Repressionsmassnahmen, denen der Lehrer ausgesetzt ist.

In so einer Situation stehen wir vor der Alternative:

o Zurückweichen, sich ducken, schweigen über die Vorgänge an den Schulen - und somit alles hinnehmen und die herrschenden Verhältnisse in Schulen und Gesellschaft akzeptieren

o oder die Zustände und Schweinereien an den Schulen in die Öffentlichkeit tragen und gemeinsam mit Schülern, Eltern und anderen Lehrern ankämpfen gegen die staatliche Unterdrückung und Bevormundung in den Schulen.

DIE "MAULSPERRE" BEZÜGLICH SCHULISCHER ANGELEGENHEITEN DURCHBRECHEN!

DEN KAMPF DES VOLKES UM EINFLUSS AUF DIE SCHULEN UNTERSTÜTZEN!

P.

Aus einem Naturgeschichtelehrbuch für die 6. - 8. Klasse AHS von 197o (S 11o ff)

"Jede Verschlechterung der Erbsubstanz (des Menschen) muss verhindert werden. Dazu wären entsprechende Verbote notwendig. Jede sogenannte Gegenauslese soll vermieden werden. Die grösste Gegenauslese bewirkten die Kriege, denn nur die Gesunden zogen an die Front und fielen. Auch die teilweise, vielleicht durch die Studienzeit bedingte, geringere Kinderzahl vieler begabter Menschen soll nicht übersehen werden. Während noch bei den Naturvölkern durch den Kampf ums Dasein alle Menschen ausgemerzt werden, die den Anforderungen des Lebens nicht gewachsen sind, werden bei den Kulturvölkern alle Mittel angewendet, um unheilbaren Kindern, erblichen Krüppeln, Schwachsinnigen, Geisteskranken, Blindgeborenen, etc. ein Leben zu ermöglichen. Sie können sich auch fortpflanzen. Gerade erblich Schwachsinnige und Asoziale setzen ungehemmt zahlreiche Kinder in die Welt und können ihre schlechten Anlagen weiter vererben".

In einem Diktatbuch aus der Bundesrepublik, das viele Deutschlehrer verwenden und das allgemein sehr gelobt wird, heisst es über die USA:

"Heute sammeln sich die Völker Europas um die USA als Führungsmacht, sie bilden dabei eine sogenannte Atlantische Gemeinschaft. Alle Völker der Welt, die ohne politischen Zwang ihr Leben bestimmen wollen, werden von den USA unterstützt".

Im Lesebuch für die 4. Klasse, "Welt im Wort", heisst es:

"Wenn die Massen zu wüten beginnen und die Vernunft sich verdunkelt, tut man gut, sofern man der Gesundheit seiner Seele nicht ganz sicher ist, unter einem Torweg unterzutreten und nach dem Wetter auszuschauen".

Gastarbeiter - Soziologie

Viehhandels Ratschläge für die Kapitalisten

Unter dem grosspurigen Titel: "Gastarbeiter - wirtschaftliche und soziale Herausforderung" fasst der "Arbeitskreis für soziologische und ökonomische Studien Wien" die Ergebnisse breit angelegter Untersuchungen zusammen, deren Gesamtkosten sicher in die Hunderttausende gegangen sind. Zusammensetzung des "Arbeitskreises": Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, des ÖGB, des Arbeiterkammertages und der Industriellenvereinigung. Zusätzliche Finanzierungshilfe leisteten die Nationalbank und die Bundesministerien für Handel, Gewerbe und Industrie und für soziale Verwaltung.

Als eines der zentralen Forschungsziele bestimmt der Arbeitskreis die "betriebswirtschaftliche Rentabilität" des Gastarbeiter-Einsatzes. "Das einzelne Unternehmen soll und wird Gastarbeiter nur einstellen, wenn es sich von diesem Einsatz wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Das Ziel, Gastarbeiter mit grösstmöglicher Rentabilität zu beschäftigen, wird dabei nicht nur vom Unternehmer verfolgt, sondern liegt auch im Interesse der Arbeitnehmer" (S 26). Grösstmögliche Rentabilität, das heilige Gesetz kapitalistischer Betriebsführung, heisst aber nichts anderes als: optimale Kostenminderung, maximaler Profit. Die Einschulungszeit an den Arbeitsplatz soll möglichst kurz, billig und effektiv sein, die Sozialleistungen möglichst gering gehalten werden, rationalisierte Produktionsweisen sollen die Intensität des Arbeitsprozesses so steigern, dass mit möglichst wenig Arbeitskräften ein möglichst hoher Ausstoss erzielt werden kann. Was für den Unternehmer "Profitmaximierung" heisst, bedeutet also für den Arbeiter: Ausbeutung seiner Arbeitskraft bis über die Grenze des Erträglichen, schlechte Ausbildung, Arbeitshetze und hohe Unfallgefahr. Gemeinsame Interessen gibt es da wohl nicht, sondern unversöhnlich gegensätzliche. Und an der Seite der Kapitalisten-Interessen steht die Soziologie!

233 österreichische Betriebe mit Gastarbeiterbeschäftigung wurden befragt. Hauptinhaltspunkte der Befragung waren:

- Anwerbung der Gastarbeiter
- Ausbildung für den Arbeitsplatz
- Integratives Verhalten am Arbeitsplatz
- Massnahmen des Betriebes "für" die Gastarbeiter
- spezifische Kosten des Gastarbeitereinsatzes
- Fluktuaktion.

Wenn der Kapitalist die Arbeitskraft eines Menschen zu kaufen beabsichtigt, dann will er "erste" Ware. In dem Sinn, dass er sie möglichst intensiv nutzen kann zu seinem Vorteil. Es wird sie also gut aussuchen, auf ihre Brauchbarkeit hin kontrollieren, mittels seiner Personalchefs, der Arbeitsämter und der Kontrollärzte. Ist das Zeugnis ausgestellt und die Ware für gut befunden, dann wird um ihren Preis gehandelt. "Selektive Werbung" nennen die Soziologen diesen Handel und konstatieren:

"Die selektive Werbung bedeutet einen nicht unbeträchtlichen Aufwand, der sich allerdings unbedingt lohnt, wenn dadurch besser qualifizierte und gut anpassungsfähige Arbeiter gewonnen werden, die dem Betrieb länger treu bleiben. Es gehört viel Erfahrung und Geschick dazu. Kleinere Unternehmer, insbesondere aus dem Gastgewerbe, suchen sich mitunter auf einer "Urlaubsfahrt" nach dem Süden selbst Arbeitskräfte aus, vielfach durch direkte Anwerbung eines geschickten Kellners. Grössere Betriebe entsenden "Expeditionen" mit Psychologen und Kleinbus" (S. 24).

Um zu gewährleisten, dass die Arbeiter kräftig sind und gesund, müssen sie sich einer ärztlichen Kontrolle unterziehen. Zusätzlich sorgt das Arbeitsamt dafür, dass nur optimal ausbeutungsfähige Arbeitskraft eingehandelt wird: "Ältere Jahrgänge, mit mehr als 45 Jahren ..... werden in der Regel von den Arbeitsämtern nicht vermittelt" (S. 31). Um dann den Arbeiterhandel noch selektiver zu machen, senden die Soziologen Fragebögen aus: an die Unternehmer und Registrierämter, und gehen schliesslich zu den Gastarbeitern selbst.

Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen der bürgerlichen Soziologen sind dann Faustregeln für den Arbeitskräftehandel:

Wenn möglich, soll man ledige Arbeiter einstellen, denn *"diese sind sehr mobil und wenig beständig, lassen sich zwar, wenn ihnen Führung und Anschluss fehlt, leicht zu 'Dummheiten' verführen, andererseits aber auch leicht integrieren ....".* Dagegen sind *"Verheiratete mit Familie zwar sehr arbeitswillig, ja fast 'arbeitswütig', ... aber auf langen Heimurlaub bedacht (die typischen 'Urlaubsüberzieher') .....".* Da nun lediglich 25 - 3o % der Gastarbeiter unverheiratet sind, *"....kann es zu Verknappung kommen. Freilich besteht hier immer noch die Möglichkeit, Nachschub aus den Herkunftsländern zu bekommen oder sich auf Verheiratete - ohne Familie - umzustellen"* (S. 29).

HOHE ARBEITSMORAL ERFORDERT "SPEZIALBETREUUNG"

Um die friedliche Partnerschaft zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem sicherzustellen, wird eine Spezialbetreuung empfohlen: "Weitgehend integrierte" Gastarbeiter sollen bei Konflikten vermitteln, wofür sich z.B. "für Jugoslawen auch burgenländische Kroaten" eignen; über verschiedene Betreuer hinaus ist aber die *"erzieherische und meinungsbildende Funktion von 'Achtungspersonen im Betrieb, vor allem von Vorgesetzten und Betriebsratsmitgliedern' besonders wichtig.... Die Gastarbeiter, insbesondere die Türken, unterwerfen sich willig dem Urteil solcher 'Achtungspersonen' und sind für eine Beachtung ihrer Probleme sehr dankbar. Festigkeit und klare Befehle in der Arbeit (Gastarbeiter sind gegenüber Autorität weniger empfindlich als Österreicher) sind dabei mit persönlicher Freundlichkeit und Aufmerksamkeit zu vereinen. Es lohnt sich etwa bei Gastarbeitern weit mehr als bei Österreichern, ihre Geburtstage zu verfolgen und ihnen bei solchen Gelegenheiten ein paar nette Worte zu sagen."* (!!!) S. 45/46.

Mitunter ist die Unverfrorenheit diser bürgerlichen Pseudowissenschaftler geradezu erstaunlich aber kein Wunder, lässt sich doch das, worum es wirklich geht, auch mit noch so viel wissenschaftlichem Firlefanz zuletzt doch nicht verbergen.

In weiteren Abschnitten der Studie waren "Einschulungsstrategien" beschrieben, sowie Wohnungsfragen und Fragen der Beeinflussung der Lebensführung der Gastarbeiter. Über die elenden Wohnverhältnisse können die bürgerlichen Schmierer wirklich nicht hinwegsehen, wobei es ihnen aber nicht einfällt, diese katastrophalen Zustände anzuprangern, weil sie menschenunwürdig sind, sondern : *"Betriebswirtschaftlich stellen derart triste Wohnverhältnisse ein ernstes Problem dar. Die Leistungsfähigkeit leidet darunter, viele Krankenstände gehen auf Konto der Schlafstörungen, Streitigkeiten und der unhygienischen Verhältnisse in solchen Wohnungen ....."* (S. 49).

Die "Wohnungsdichte", wie sie aus der Tabelle gut ersichtlich ist, führt zu einem viel zu grossen "Materialverschleiss" - das ist das schlechte, und sonst nichts. So ist eben die Logik der Ausbeuter und ihrer durch verkommenen "Wissenschaften" und "wiss enschaftlichen" Handlanger.

Wie die Wirklichkeit vom Standpunkt des Gastarbeiters aussieht, schildert das folgende Interview, das derselben Studie entnommen ist:

J., 22, Albaner aus Mazedonien, Hilfsschlosser in einem Eisen- und Stahlwerk in Oberösterreich: *"Die Arbeit ist nicht schwer, aber gefährlich. Ich hätte beim Kuppeln fast ein Bein verloren, ich*

→

KOMITEE FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN

Plenarsitzungen: 6.4. und 20.4., 1o7o Burgg. 1o3/ Ecke Halbgasse (Gasthaus)
Bezirksgruppe Favoriten: Jeden Mittwoch 19 Uhr Quellenstr. 1oo, Gasthaus Kratochwill
Bezirksgruppe Ottakring: Jeden Mittwoch 18.3o Uhr Hasnerstr./Ecke Panikeng. Gasthaus Eybl
UNI-Gruppe: Jeden Mittwoch 14 Uhr, NIG-Mensa, Professorenzimmer
Veranstaltungen: 11.4. 19 Uhr, Gasthaus Eybl
16.4. 19 Uhr, Gasthaus Kratochwill
Tafelmarsch: 1o.4. 17 Uhr, Treffpunkt 116o Brunneng./ Ecke Thaliastrasse.

→ *wurde eingequetscht und bin jetzt noch im Gips. Vorige Woche starb einer aus Prizren, er griff in den Strom und fiel vom Kran..... Jeden Monat muss einer von uns sterben. (Der Personalchef korrigiert: Das sei nicht ganz richtig, nur ein Jugoslawe pro Jahr verunglückt tödlich (!!!))... Die Rettung kommt täglich. Wir fürchten uns vor Unfällen, aber wir sind gekommen, um zu arbeiten.... Es ist verboten, Mädchen ins Lager mitzunehmen, wir leben wie wilde Tiere im Wald. Einer von uns hat ein Mädchen mitgebracht, der Portier hat ihn erwischt und am nächsten Tag ist er hinausgeflogen..... Die Polizei ist ständig da, sie kommt meistens, um nach Mädchen zu suchen. Wir zahlen viele Strafen: wenn der Lagerleiter draussen Papier oder Bierflaschen findet, müssen wir jedesmal 50 S zahlen .... Wir sind wie das Vieh, das man holt, um zu pflügen.*

WOHNBELAGSDICHTE: (PERSONEN PRO WOHNRAUM)	in der Türkei	in Wien
Ledige	1,8	4,6
Verheiratete mit Familie in der Türkei	1,9	5,5
Verheiratete mit Familie in Wien	1,7	3,6

Zu etwas anderem braucht man uns nicht." (1)

Dieser Mann ist kein Sozialwissenschaftler. Aber er hat ihm etwas Unbezahlbares voraus: Er hat die kapitalistische Wirklichkeit begriffen. Und der nächste Schritt wird sein, dass er sich mit seinen Klassengenossen zusammenschliesst und die Unterdrücker niederschlägt mitsamt ihren "...senschaften".

DIE ENTRECHTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER GASTARBEITER WIRD WEITER VERSCHÄRFT

Soviel die Soziologie aber auch prophezeit und konzipiert und Trends errechnet, sie wird immer scheitern an ihrer klassenmässigen Kurzsichtigkeit, die ihr den Blick auf die anarchischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse verdunkeln muss. Hat dieselbe Arbeitskreis-Studie aufgrund ihrer Unternehmer-Befragungen 1973 noch den Schluss gezogen, der Trend zum weiteren Ausbau der Gastarbeiter-Beschäftigung werde weiterhin anhalten und dafür auch die entsprechenden Ratschläge ausgearbeitet, so muss sie sich heute eines Besseren belehrt sehen: Auch die österreichische Bourgeoisie ist mit voller Wucht in die Krise geschlittert und versucht nun ihre Profite zu halten, indem sie die unrentablen Betriebe ausmerzt, Produktionsanlagen stillegt und die Arbeiter auf die Strasse wirft. Die in den Betrieben verbleibenden Arbeiter werden einer ungeheuerlichen Arbeitshetze unterworfen: die Arbeit der Entlassenen macht sich schliesslich nicht von selbst. Die Zahl der ausländischen Arbeiter, die ihre Arbeitsgenehmigung verlieren, arbeitslos werden und in der Folge meist das Land verlassen müssen, ist stark gestiegen. Vom Höchststand von 25o.ooo im November 1973 ist die Ausländerbeschäftigung um rund 28.ooo auf 222.ooo im November 1974 gesunken und sinkt rapide weiter. Die Kapitalisten nennen das "Rationalisierung", was für den einen Arbeiter Arbeitslosigkeit, für den anderen verschärfte Ausbeutung bedeutet. Und der Staat hilft kräftig mit. So wurde im Parlament das Ausländerbeschäftigungsgesetz verabschiedet, das die ohnehin rechtlose Lage der Gastarbeiter weiter verschlechtert: Die Vergabe einer Beschäftigungsbewilligung soll prinzipiell <u>auf ein Jahr beschränkt, an einen bestimmten Betrieb und Arbeitsplatz gebunden und jederzeit ohne Aufschub widerrufbar sein.</u> Bei grösseren Entlassungen oder vor Einführung von Kurzarbeit soll der Kapitalist verpflichtet sein, zuerst die ausländischen Arbeiter zu entlassen! Das heisst: Weitere Diskriminierung der Gastarbeiter. So können sie unter mehr Druck noch besser gegen die österreichischen Kollegen ausgespielt werden; so können sie gezwungen werden, um fast jeden Lohn jede Schinderei anzunehmen - ein Mittel für die Kapitalisten, das gesamte Lohnniveau zu drücken. Mit dem neuen Gesetz im Rücken haben die Kapitalisten noch freiere Hand bei der Entlassung von ausländischen Arbeitern. Jede Entlassung heisst aber für die im Betrieb Verbliebenen: Zusätzliche Arbeit, noch grössere Arbeitshetze! Das zeigt, dass die Existenz eines so rechtlosen Teils der Arbeiterklasse eine ständige Bedrohung für die ganze Klasse darstellt, selbst auf dieses Niveau gedrückt zu werden. Dazu kommt endlich noch, dass dieses Gesetz, wie überhaupt alle Gesetze des bürgerlichen Staates, natürlich nichts an der Bedrohung der Arbeitsplätze ändert, wenn das auch als "Grund" für seine Verabschiedung hingestellt wird, weil die Arbeitslosigkeit eine zwangsläufige Erscheinung der kapitalistischen Ausbeuterordnung ist und nur mit dieser selbst beseitigt werden kann.

WENN EIN TEIL DER ARBEITERKLASSE VON DEN KAPITALISTEN ANGEGRIFFEN WIRD, IST DAS DIE SACHE DER GANZEN ARBEITERKLASSE!

Diesem Angriff der Kapitalistenklasse, der auf Spaltung und Konkurrenz unter den Arbeitern hinausläuft und der die gesamte Klasse treffen soll, können die Arbeiter nur die Einheit und Geschlossenheit der Klasse entgegensetzen. Besondere Kollektivvertragsregelungen gegen die ausländischen Arbeiter müssen aufgekündigt werden; statt dessen muss sich die Gewerkschaft einsetzen für die <u>völlige Gleichstellung von Ausländern, die in Österreich leben,</u>

- für die kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer nach einigen Monaten, damit sie an der Seite der österreichischen Arbeiter mit gleichen Rechten am Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Ausbeuterstaat teilnehmen können,
- für obligatorische, kostenlose Sprachkurse für die österreichischen Staatsbürger ausländischer Herkunft, damit sie diese Rechte auch wahrnehmen können.

Die Studenten müssen diese Forderungen unterstützen. Ihre Durchsetzung ist die Voraussetzung dafür, dass die ausländischen Arbeiter gegen ihre extrem rechtlose und menschenunwürdige Lage aufstehen können.

Sogenannte "wissenschaftliche" Untersuchungen, meist von irgendwelchen Kapitalistenorganisationen in Auftrag gegeben, helfen da nämlich wenig - ganz im Gegenteil dienen sie bestenfalls nur dazu, ein paar Änderungen einzuführen, die natürlich nichts an der grundlegenden Misere ändern sollen, sondern sie höchstens etwas angenehmer machen sollen - siehe oben: "..... ihre Geburtstage verfolgen und ihnen bei solchen Gelegenheiten ein paar nette Worte zu sagen".

H.H.

Anm.: (1): "Gastarbeiter in Österreich. Der Prozess der Eingliederung von Gastarbeitern in Österreich". Arbeitskreis f. soz. u. ök. Studien Wien; zugänglich: Bibliothek der Arbeiterkammer.

Übrige Zitate mit angeführter Seitenzahl: "Gastarbeiter, wirtschaftliche und soziale Herausforderung"; Europaverlag, Österr. Wirtschaftsverlag.

Ausstellung des ZA 'Wohnprobleme der Studenten'

Im März machte der ZA der ÖH eine Ausstellung im NIG über "Wohnprobleme der Studenten im Zusammenhang mit der allgemeinen Wohnsituation". Bei dieser Ausstellung (und in einer Broschüre) wurden zum Teil die reale Situation (mit empirischem Material), als auch die Ursache für die miese Situation am Wohnungssektor richtig dargestellt. So wurde z.B. schon ganz am Anfang der Ausstellung festgestellt, daß die Wohnung im Kapitalismus eine Ware ist, d.h. daß mit ihr gehandelt wird wie mit jeder anderen Ware auch und daß der Besitzer schaut, sie möglichst teuer verkaufen, bzw. vermieten zu können.

Weil das aufgezeigt wurde, und weil auch gesagt wurde, wo die Ursachen dessen liegen, sind manche Leute von ÖSU-Karasek über die Neue Mitte bis zum RFS sehr nervös geworden. Bei Karasek schlug sich das (neben undurchsichtigen Machinationen gegen die Ausstellung wie Feuerpolizei rufen usw.) so nieder, daß er ein altes UNI-ÖH-Flugblatt zum Wohnproblem und ein ÖSU- Flugblatt verteilen ließ, wo in zynischer Weise "begründet " wird, wieso "Heimpreiserhöhungen in der Österr. Studentenförderungsstiftung notwendig geworden sind." (die ÖSU hatte ihnen zugestimmt): die Stiftung müsse nämlich "nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden."

Der RFS wiederum hat der Ausstellung sogar ein eigenes Flugblatt gewidmet, wie die Neue Mitte. Der Tenor geht dahin, zu behaupten, die Ausstellung biete kaum Information, sondern sei reine linke bzw. kommunistische Propaganda, womit diese Herren die Aufdeckung der schlechten Zustände und einige ihrer Ursachen meinen; die Wahrheit über die Zustände ist diesen Leuten ein Greuel, bringt sie in Rage, so daß sie nur mehr kommunistische Propaganda wittern. Die Mannen vom RFS sahen nur mehr rot ("'roten Faden' in der Ausstelllung") und die NeueMitte glaubte sogar, die "Volksrepublik Österreich" hinter dem ganzen erkennen zu können.

Die nervösen Reaktionäre können sich jedoch wieder beruhigen: es sieht schlimmer aus, als es ist. Die Reformisten vom ZA der ÖH , der VSSTÖ dürfte auch mitgemischt haben, haben zwar die Verhältnisse aufgezeigt, haben zum Teil auch die Ursachen genannt, die Lösungsvorschläge jedoch, die sie anbieten, sind im wesentlichen eine Neuauflage der reformistischen Wohnpolitik der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit Diese Politik wollte durch "radikale" Reformen die Lage der Werktätigen im Kapitalismus erträglicher machen, "verbessern". DiesePolitik hat insgesamt zu nichts Gutem geführt. Sie wollte um den Sturz des Kapitalismus und insbesondere um den Sturz des bürgerlichen Staates als Vorbedingung der sozialen Revolution herumkommen und ist schließlich bei der völligen Entwaffnung der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie gelandet. Sie war nicht geeignet, die Verelendung insgesamt aufzuhalten, noch die Arbeiter besser zu befähigen, den Kampf für den Sozialismus zu führen, zuletzt ging sie in ihrer Politik nicht von den Interessen der Arbeiter aus, sondern von denen der Kapitalisten (siehe Kasten).



Wenn man das allerdings den Reformisten heute sagt, winken sie gleich ab und sagen, sie meinten es ja gar nicht so, und werden sofort ihre Broschüre zitieren, wo tatsächlich steht, daß "von einer Lösung der Misere im Kapitalismus keine Rede sein kann." (Wohnprobleme der Studenten... Kurzfassung,p.8) jedoch sei es notwendig "den Kampf aufzunehmen", müsse man " die einzelnen Kämpfe zusammenfassen und ihnen eine Perspektive geben." " Beseitigt werden die Probleme erst im Sozialismus werden können." jedoch darf man bis dahin nicht "warten und die Hände in den Schoß legen." Das ist richtig, doch um welche Forderungen muß gekämpft werden?

Während unsere wackeren Reformisten ausziehen, "der Wohnung den Warencharakter zu nehmen",- und zwar nicht durch den Sturz des Kapitalismus, sondern durch "radikale Progressivbesteuerung der Profite der Kapitalisten", durch "tiefe Eingriff(e) in die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse", d.h.durch "Verstaatlichung des Baugrunds, der Baugesellschaften und der Immobilien", gilt noch immer, was Engels in "zur Wohnungsfrage" 1872 schrieb: "Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den Großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benützung derselben jeder wirklichen Wohnungsnot sofort abzuhelfen. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, respektive durch Bequartierung ihrer Häuser mit obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen zusammengedrängten Arbeitern geschehen und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat."

Heißt das, daß wir einstweilen nichts tun können? Natürlich nicht!

Man muß den Kampf aufnehmen in jeder einzelnen Frage, bei jedem einzelnen Angriff auf unser Lebensniveau. D.h. die Mieter müssen sich wehren gegen die Erhöhung der Mieten, die Bewohner einer bestimmten Stadt müssen sich wehren gegen den Abbruch von bestimmten Althäusern, Jugendliche können für ein Jugendzentrum kämpfen, die Heimbewohner müssen gegen jede einzelne Heimpreiserhöhung kämpfen und werden durch Geschlossenheit auch einen Sieg in den einzelnen konkreten Auseinandersetzungen erringen. In diesen Auseinandersetzungen werden sie aber sehr bald und notwendig auf den bürgerlichen Staatsapparat stoßen, der diese Verhältnisse, gegen die sie aufgestanden sind, verteidigen wird, weil er dazu da ist, die Verhältnisse im Interesse der Kapitalisten so zu lassen, wie sie sind. Sie werden auf ihn stoßen in Form der bürgerlichen Gerichte (z.B. Mahnklagen der Stiftung), in Form der Polizei, die Demonstrationen verbieten wird, die z.B. Althäuser gewaltsam räumen wird gegen den Widerstand der Bewohner usw. In diesen einzelnen Kämpfen werden sie daher auf die Erkenntnis stossen, die die mehr als zweihundertjährige Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder bewiesen hat: daß, um zu einer wirklichen, grundlegenden Änderung zu kommen, der bürgerliche Staat gestürzt werden muß, damit alle die Maßnahmen durchgeführt werden können, die absolut notwendig sind, um die soziale Umwälzung vollbringen zu können.

Das schädliche an der Initiative und den Forderungen, die der ZA der ÖH aufgestellt hat, ist, daß ihre Durchsetzung nichts ändern würde, daß man um sie nicht kämpfen kann, daß sie die sozialen Verhältnisse, die schuld sind an der Wohnungsmisere, verschleiern helfen. Wie naiv diese Forderungen manchmal sind und wie wenig sie ändern würden, zeigt sich an folgender: "Schluß mit dem Maklerunwesen - für die Schaffung öffentlicher Wohnberatungsstellen". Man muß sich hier nur vor Augen halten, mit welchen Schiebereien oft Gemeindewohnungen (also öffentliche Hand) vergeben werden und man sieht sofort die Unsinnigkeit dieser Forderung ein, ganz abgesehen davon, daß das Maklerunwesen direkter Ausfluß der Tatsache ist, daß die Wohnung eben Warencharakter hat.

Die Forderungen der ÖH sind spalterisch, weil die meisten Menschen um ihre Durchsetzung nicht kämpfen werden, eben deshalb, weil sie nichts ändern. Dennoch werden sie bei einigen Verwirrung stiften und schaden so allen.

Weiters tun sie so, als ließe sich schon im Kapitalismus die ganze Misere beseitigen, was aber, wie oben gezeigt, unmöglich ist. Dadurch werden die sozialen Verhältnisse verschleiert, der Feind

der Volksmassen, die Kapitalisten und ihr Staat, verschwinden hinter dem Rauchvorhang von tönenden Phrasen wie "sozialer Wohnbau" etc., anstatt ihn klar zu benennen.

Wir müssen dagegen alles daransetzen, jeden einzelnen Anschlag der Wohnungskapitalisten, einschließlich der Gemeinde, auf das Lebensniveau der Bevölkerung zurückzuschlagen, in diesen Kämpfen die Einheit der Arbeiterklasse und des Volks zu stärken und die Ursachen der Wohnungsmisere in den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen aufdecken. Führen wir den Kampf so, so haben wir einen Schritt vorwärts getan im Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution, einen Schritt vorwärts zur endgültigen Beseitigung aller Ausbeutungs-und Unterdrückungsverhältnisse.

V.S./ Red.

Warum der Mieterschutz notwendig ist

"Niemand wird geneigt sein, eine österreichische Maschine etwa nur deshalb teurer zu bezahlen, weil sie unter schwierigen Verhältnissen hergestellt werden mußte. Die Preise müssen selbstverständlich jeden Vergleich aushalten können (...). Die Löhne in Österreich waren nie hoch. Sie haben sich immer an der Grenze des Lebensnotwendigen bewegt. Die Quoten für Lebensmittel, für Kleidung, der bescheidene Anteil des Lohnes, der für Vergnügungen, für Bildungsbestrebungen bestimmt ist, vertragen keine Kürzung. Eine einzige Komponente ist es, die aus dem Lohn entfernt werden kann, ohne die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, der Angestellten herabzudrücken. Das ist der Wohnungsaufwand. Er hat in der Vorkriegszeit 25% des Lohnes eines Arbeiters verschlungen. Ein volles Viertel für eine kleine, schlechte Wohnung: Durch die Geltung des Mieterschutzes ist dieser Teil der Ausgaben unbedeutend geworden. Bloß 2% des Lohnes im Durchschnitt. Fällt der Mieterschutz, dann müssen die Löhne in die Höhe schnellen. Bei der Exportindustrie, von deren Aufrechterhaltung das Schicksal des Landes abhängt, sind Lohnsteigerungen auch nur in einem entfernt annähernd so hohen Ausmaß wie dies bei Aufhebung des Mieterschutzes notwendig werden würde, angesichts der geschilderten ungünstigen Produktionsverhältnisse nicht unterzubringen. Die Nahrung, die Kleidung des Arbeiters aber nennenswert herunterzudrücken, ist gleichfalls unmöglich. Deshalb ist der Tatbestand des Mieterschutzes das höchste wirtschaftliche Gebot im heutigen Österreich."

(Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien, 1929, S 358)

Gewerkschaftliche Kämpfe der chilenischen Arbeiter

Die katastrophalen Lebensbedingungen und die politische Unterdrückung der chilenischen Massen ziehen immer breitere Teile des Volks in die Widerstandsfront gegen die Militärjunta. In den letzten Monaten wurden mehr als je zuvor auch Arbeiter, die unter dem Einfluß der Christdemokraten oder sogar der Nationalen Partei standen, gezwungen, Forderungen zu vertreten, die sie in Widerspruch zu den Unternehmern und zur Junta brachten.
Das brutale Vorgehen von Geheimdienst und Militär zeigte diesen Arbeitern deutlich die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, die Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf durchzusetzen.
Ende vorigen Jahres haben in Casablanca die Ford-Arbeiter einen Streik geführt. In einer riesigen Militäroperation ließ die Junta die Stadt besetzen und Arbeiterführer - unter ihnen eine große Anzahl von christ-demokratischen Gewerkschaftern - festnehmen. Die Festgenommenen befinden sich noch heute in Haft.
Die vor dem Putsch bestehenden Abmachungen zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaft wurden abgeschafft und durch staatlich festgesetzte Lohnleitlinien ersetzt. Gegen Ende des Jahres, als die Bilanz - und damit die Gewinne - bekannt wurde, brach der Konflikt aus.
Trotzdem die Junta versucht, die noch bestehenden Betriebs-und Fachgewerkschaften unter ihre Kontrolle zu bekommen, und die Arbeiter, die in ihnen organisiert sind, ständig zu bespitzeln, nützen die Revolutionäre alle Möglichkeiten die sich für die Arbeit in diesen legalen Organisationen ergeben. Die ehemaligen Gewerkschaftsführer, die von der Junta abgesetzt wurden, und alle Arbeiter, die für die

Fortsetzung S. 14



Wie sehr die Ausstellung darauf ausgerichtet war, sich vorzustellen wie schön es sein könnte, zeigt diese Wandtafel: das "integrierte Wohnen", d.h. das gemeinsame Wohnen von Studenten, Schülern, Lehrlingen usw. Damit meint man die Studenten aus ihren "Ghetto" herausführen, ihnen elitäres Bewußtsein nehmen zu können. Momentan kann der Zusammenschluß der Studenten mit der Arbeiterklasse und dem Volk aber nur darin bestehen, die Kämpfe der Volksmassen zu unterstützen, sich mit ihnen politisch zusammenzuschließen. Das ist das entscheidende, persönliche Beziehungen in Wohngemeinschaften usw. dürfen nicht unabhängig davon gesehen werden, weil sie sonst zu nichts anderem als zu einem hoffnungslosen Versuch werden, individuell die miese Lage hinter sich zu lassen.

Der Verfolgungswahn der Rechten

...dert sich überhaupt nichts. Es ände...
..., da für dieses Spektakel Unsummen verschleudert w...
... bezahlen "dürfen". Wie haben sich doch die Linken über d...
...ung im Mai 74 ereifert?

Die ganze Art der Ausstellung ist darauf ausgerichtet, Emotionen zu schüren (siehe Karikatur) und Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Jeder vernünftige Mensch ist gegen Maklerunwesen, Mietenwucher und Abbruchspekulation - aber ist eine Volksrepublik Österreich die einzige Alternative?





Die Ausstellung ist ein klassisches Beispiel unterschwelliger kommunistisch...
...ganda. Langjährige Praxis in dieser Richtung und sorgfältige Sprachregelun...
Öffentlichkeit bereits eine rote Brille aufgesetzt, weshalb sie die Manipulat...
mehr bemerkt. Wer die Ausstellung objektiv betrachtet hat, wird d...
Bereits in unserer

GALAPAGOS-AKTION

DER RFS HAT IM GEGENSATZ ZU DEN LINKEN AGITATOREN
EIN DURCHFÜHRBARES UND EFFIZIENTES SOZIALPROGRAMM!
ER ARBEITET IN DEN ENTSPRECHENDEN GREMIEN FÜR
...ESSERES STUDENTISCHES WOHNEN! - UND STIMMT FÜR ALLE HEIMPREISERHÖHUNGEN!
...STUNG BEDEUTET FÜR UNS MEHR ALS POLITISCHE AGITATION!

DIE EINZIGE ALTERNATIVE IN DER ÖH!
FÜR EINE STUDENTENBEZOGENE HOCHSCHÜLERSCHAFT!
...GEN DIE MARXISTISCHE OBSTRUKTIONSPOLITIK!

Ring Freiheitlicher Studenten,
- dazu ...
... kräftig zu manipulieren.

DIE AUSSTELLUNG DIENT IN ERSTER LINIE DAZU, LINKE PROPAGANDA ZU BETREIBEN!
ECHTE INFORMATION WIRD KAUM GEBOTEN !
(was soll z.B. der Satz: ...haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod...)
AUCH DIE ILLUSION ,DURCH BESEITIGUNG DER KLASSEN (hier MIETER, VERMIETER) EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN bzw. BESSERES WOHNEN ZU ERREICHEN, ZEIGT DEUTLICH DEN 'ROTEN FADEN' IN DER AUSSTELLUNG!

Fortsetzung v.S. 13

Chile...

Rechte und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse eintreten, arbeiten in den Gewerkschaften,bilden eine illegale Gewerkschaftsführung,die auf die legale D ruck ausübt und Einfluß über sie zu gewinnen sucht.D en Arbeitern ist es in vielen Fällen gelungen,die Gewerkschaften dazu zu bringen,zu Streiks aufzurufen und so ihre Interessen durchzusetzen.
In Iquique führten Arbeiter im Gemeindedienst einen erfolgreichen Streik,um eine Zulage zu erhalten.Landarbeiter in den Gemeinden in der Nähe von Santiago haben durch einen Streik Lohnerhöhungen und bessere Verpflegung erreicht.Die Arbeiter einer großen Baufirma der Gruppe Alessandri in Santiago haben eine 45%ige Inflationsangleichung erkämpft,d.i. 15 % mehr als die von der Junta gewährten Erhöhungen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe bringen aber nicht immer Erfolge.Die Arbeiter des Textilmonopols Yarur wurden durch ein riesiges Militäraufgebot gezwungen,einen Streik abzubrechen und zur Arbeit zurückzukehren.

Immer häufiger protestieren Arbeiter durch Arbeitsniederlegungen gegen die Unterdrückungspolitik der Junta und der Unternehmer. Die Gewerkschaft einer grossen Möbelfabrik in Cerrillos, einem Vorort von Santiago, rief zum Streik auf,nachdem 5 ihrer Führer festgenommen worden waren.Sie konnten ihre Freilassung und ihre Wiedereingliederung in den Betrieb durchsetzen.In dem Kupferbergwerk Chuquicamata traten die Arbeiter in Streik, als ein Mitglied der Werkspolizei als Vergeltungsmaßnahme für Sabotageakte einem Hochofen eine Gruppe von 48 Arbeitern mißhandelte und festnehmen wollte.Der Streik wurde erst eingestellt,als die Arbeiter freigelassen worden waren.

H.B.
aus:Chilezeitung ,März/75



Bürgerliche Ökonomie
Ökonomie der Kapitalistenklasse
Am Beispiel Karl Ausch

Mit der Verschärfung der ökonomischen Krisenerscheinungen - Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit - international wie auch in Österreich treten verstärkt bürgerliche Ökonomen, sogenannte Fachleute, Kapazitäten, auf um ihre Rezepte an den Mann zu bringen, die ihrer Meinung nach den Karren wieder flott machen können. Einer von diesen ist Karl Ausch. Bemerkenswert an ihm ist aber weniger "Originalität", sondern daß er besondere Publizität genießt. Erhebt er seine Stimme, sind eine Woche lang die Zeitungen davon voll, auch die Arbeiterzeitung räumt ihm viel Platz ein, und der Rundfunk reißt sich um ihn. Warum ist das so?

Ausch war viele Jahre hindurch Generalrat der österreichischen Nationalbank und Wirtschaftspulbizist. In seinen theoretischen Arbeiten muß er als atypisch für die Sozialdemokratie bezeichnet werden, denn sein Standpunkt deckt sich fast ganz mit dem der Bundeswirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung - er läuft darauf hinaus zu behaupten, daß die Löhne Schuld seien an der Inflation.

Trotzdem wird Ausch aber auch verhältnismäßig viel Platz in den sozialdemokratischen Publikationen eingeräumt, besonders in der AZ und der "Zukunft", dem theoretischen Organ der SPÖ. Erklären läßt sich das so : als Reaktion auf Ausch's Artikel erscheinen regelmäßig Antworten von prominenter Seite: Hrdlicka oder Klenner. Diese distanzieren sich heftig von Ausch und erwecken den Eindruck, als seien sie ausgesprochen links, würden auf keinen Fall den Kapitalistenstandpunkt vertreten, und hätten ein offenes Ohr für die Interessen der Arbeiterklasse. Das ist natürlich bloße Augenauswischerei, wenn man bedenkt, welche Politik z.B. die Arbeiterkammer unter Hrdlicka in der Paritätischen Komission betreibt. Dort hat sie wohl noch keinem Preisantrag die Zustimmung verweigert und noch keinen Lohnabschluß für zu niedrig empfunden. Während Ausch für die Sozialdemokratie so ein gefundenes Fressen ist, weil man sich von ihm schön distanzieren kann ohne auch nur einen anderen Standpunkt einnehmen zu müssen, halten ihn die Kapitalisten hoch, weil er ihnen direkt aus dem Herzen spricht. So ist er für beide nützlich, weil er für jeden auf seine Weise dazu beiträgt die Arbeiter mit scheinbar wissenschaftlichem Geschreibsel zu betrügen.

Was vertritt nun dieser Herr im einzelnen?

SCHULD AN DER INFLATION SIND DIE HOHEN LÖHNE

Er versucht den Ursachen der Inflation auf die Spuren zu kommen und fand sie natürlich auch.Die Wurzel allen Übels liegt seiner Meinung nach in den zu hohen Löhnen und Lohnforderungen der Arbeiter.Alle Aussagen von Ausch lassen sich darauf reduzieren.Nun liegt das Problem aber hauptsächlich da, wie man das den Arbeitern klar machen kann.Keine Regierung will Schritte zur Inflationsbekämpfung setzen : "Nun erfordert aber der erfolgreiche Kampf gegen Inflation unpopuläre Maßnahmen,die um so spürbarer sein müssen,je weiter die Geldentwertung fortgeschritten ist.""Eine der wichtigsten Voraussetzungen, der Inflation Herr zu werden, ist daher eine rückhaltlose Information der Öffentlichkeit über den Inflationsmechanismus,..."
Wer soll "diese Information" leisten ? - natürlich die Ökonomen,denn ihnen muß man glauben,sind sie es doch,die die Gesetze "der Wirtschaft" kennen müssen ;daher sind auch sie am besten geeignet für die notwendigen unpopulären Maßnahmen mit ihrer "Wissenschaft" den Boden vorzubereiten,indem sie erklären,daß verstärkte Ausbeutung im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums notwendig ist,wobei das aber -nicht zu vergessen- auch den Interessen der Arbeiter entspricht."Unabhängig",wie unsere Ökonomen nun einmal sind,wird man ihnen glauben, denn längst haben die Menschen den partei-und interessengebundenen Charakter der Aussagen von Politikern usw.durchschaut:"Was da im Laufe der Zeit von berufener und unberufener Seite an Er-

klärungen und Kommentaren, an Angriffen und Verteidigungen, an Rezepten und Gegenrezepten produziert wird, ist zum größten Teil interessengebunden,.." Ausch als "objektiver Wissenschafter" kommt nun zu folgendem Schluß: des Übels Wurzel ist die "Basisinflation ". Im Prinzip geht es dabei um etwas sehr einfaches,Das Sozialprodukt (die pro Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen) hat eine bestimmte Größe.Nun versuchen die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft (im wesentlichen der Staat,die Unternehmer,die Arbeiter und Angestellten) ein möglichst großes Stück vom "Kuchen" zu bekommen. In den Kollektivvertragsverhandlungen "raufen" nun die Sozialpartner (Bundeswirtschaftskammer und ÖGB) um die Größe des jeweiligen Stückes.Der Erfolg ist : die Gewerkschaften setzen auf Grund ihrer Stärke eine Lohnerhöhung durch,die den Unternehmern nicht paßt.Diese holen sich ihren Anteil über Preiserhöhungen.Die Inflationsspirale hat also eine neue Drehung gemacht,geändert hat sich an der Verteilung nichts.Zugleich wollen alle in Luxus und Verschwendung leben,jeder will seinen Nachbarn und Arbeitskollegen ausstechen und imponieren.Weiters wird der "Gefälligkeitsdemokratie" und dem "Wachstumsfetischismus" gehuldigt. "Beide sind offenbar Erscheinungen der Konsumgesellschaft und zählen zu den treibenden Kräften der Inflation.Denn sie verleiten dazu,über die Grenzen des jeweils wirtschaftlich Möglichen hinauszugreifen.Die Folgen sind Überhitzung der Konjunktur,eine Überforderung des Sozialprodukts,empfindlicheStörungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts und Inflation."Der Schuldige ist also eindeutig die Gewerkschaft, weil sie immer zu hohe Lohnforderungen stellt und so die Inflation anheizt. (alle Zitate aus "Zukunft" 19/1973)

DIE LÖHNE MÜSSEN GESENKT, DIE TARIFAUTONOMIE MUSS EINGESCHRÄNKT WERDEN

Um nun die Löhne auf ein erträgliches Niveau zu senken, schlägt Ausch vor,die Kollektivvertragsverhandlungen den Sozialpartnern zu entziehen, wenn auch nicht zur Gänze.Die Paritärische Kommission soll umgestaltet werden."Ich stelle mir vor,daß sie von einer Institution abgelöst wird,der neben Vertretern der Sozialpartner Personen angehören,die von den Interessenverbänden unabhängig sind:Wirtschaftswissenschafter,Vertreter der einschlägigen Ministerien,der Notenbank,des Statistischen Zentralamtes,sowie der Konsumenten. Diese Komission hätte aufgrund wirtschaftlicher Prognosen möglichst objektive,aber verbindliche Richtlinien für die Festsetzung von Löhnen,Preisen und Gewinnen auszuarbeiten." ("Zukunft" 19/1973,p.19) Gefordert wird also eine Lohnpolitik,entsprechend der wirtschaftlichen Lage, entsprechend den Bedürfnissen der Kapitalisten.Diesen sind allerdings die Löhne immer zu hoch.Denn ist Hochkonjunktur,so dürfen die Löhne nicht stark steigen,da sonst die Inflation angeheizt wird (die ökonomische Theorie hat da spezielle Bezeichnungen : wage-push- inflation -die zu hohen Löhne drücken die Preise in die Höhe),kommt der Kapitalismus in die Krise, müssen die Löhne erst recht unten bleiben (man erinnere sich an die Jubelschreie in allen bürgerlichen Zeitungen über die "vernünftigen Lohnabschlüsse der deutschen Gewerkschaften im Jänner 1975),da ja die Wirtschaft sonst am internationalen Markt nicht konkurrenzfähig bleiben würde.Kurzum,die Theorie von Ausch dient dazu,den Arbeitern einzureden,daß es ihnen eh viel zu gut geht, und daß ihre Löhne wegen der Profitinteressen der Kapitalisten niedrig sein müssen.Das Ergebnis,das sich aus den ganzen "theoretischen"Untersuchungen ergibt,ist:das Lohnniveau muß gedrückt werden.Dazu wiederum ist es notwendig,die Tarifautonomie einzuschränken. Kann heute auch keine Rede davon sein,daß die Gewerkschaft ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Interessen ist,ihr Handlungsspielraum muß auf jeden Fall eingeschränkt werden. Richtlinien müssen verbindlich festgelegt,an sie haben sich alle zu halten. Würde so etwas durchgeführt, es wäre ein schwerer Anschlag auf die Arbeiterklasse,denn solche Leitlinien wären nur Lohnleitlinien, niemals aber Fesseln für die Kapitalisten,weil deren Interessen sich immer durchsetzen werden,wenn die Arbeiterklasse sich nicht im Klassenkampf holt,was sie braucht.Was zuerst "Objektivität" vortäuscht,entpuppt sich am Ende rasch,was es tatsächlich ist:eine Variante der kapitalistischen Lohndrückpolitik.

EINE INDUSTRIELLE RESERVEARMEE VON MINDESTENS 3% IST NOTWENDIG

Im Juni 1974 überraschte Ausch viele Österreicher mit einer neuen Feststellung.In Österreich herrsche nicht "Vollbeschäftigung" sondern "Überbeschäftigung".(vgl."Zukunft"6/1974 p.21f) Er stellt nach dem englis chen Ökonomen Beveridge drei Bedingungen auf, die erfüllt sein müssen,wenn Vollbeschäftigung beibehalten werden soll.Erstens ist ein verständnisvolles aller Wirtschaftssubjekte notwendig,d.h.für die Arbeiterklasse Sozialpartnerschaft und Verzicht auf den Lohnkampf,zweitens müssen 3 % der Arbeiter arbeitslos sein, drittens müssen mehr offene Stellen als Arbeitssuchende vorhanden sein.Ausch erklärt nun,daß viele Jahre hindurch in Österreich die Zahl der Arbeitslosen nur zwischen 0,8 und 2,5 % schwankte,was zur Folge hatte,daß ein Unternehmer,der neue Arbeiter einstellen wollte,diese von anderen Unternehmern abwerben mußte,was natürlich das Lohnniveau hob.Was Ausch wünscht,ist eine industrielle Reservearmee von mindestens 3%,die man als Lohndrücker und Streikbrecher einsetzen kann.Parieren wo die Arbeiter nicht,setzen sie sich gegen Lohnraubpolitik zur Wehr (etwa gegen die Leitlinien,die die Komission à la Ausch durchzusetzen hätte),entläßt man sie einfach und holt sich Arbeitslose. In diesem Zusammenhang zeigt Ausch einen widerlichen Zynismus :"Darumsollte man es auch nicht allzu tragisch nehmen,wenn da oder dort einmal ein Betrieb geschlossen wird und ein paar Dutzend Arbeitskräfte freigesetzt werden.Irgendwo muß ja die Überkonjunktur abgebaut werden."

ES GIBT NUR 2 MÖGLICHKEITEN: DIE ÖKONOMIE DER KAPITALISTENKLASSE ODER DIE DER ARBEITERKLASSE VERTRETEN

Was also von der "objektiven" Ökonomie zu halten ist, zeigt uns Ausch mit dankenswerter Offenheit selbst - nämlich gar nichts.Heute geht es der bürgerlichen Ökonomie nicht mehr darum, die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus wirklich zu erforschen,wie es noch die Bestrebungen eines Ricardo waren,als es darum ging,die Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber allen bisherigen Wirtschaftsweisen zu begründen,sondern nur mehr darum,Handwerkzeug abzugeben für die bessere Niederhaltung der Arbeiter, des Profits der Kapitalisten wegen.Denn um diesen dreht sich alles in der kapitalistischen Gesellschaft, ganz so wie die Planeten ihren Fixpunkt in der Sonne haben. Im Profitstreben der Kapitalisten liegen auch die Ursachen für die Inflation, über die Ausch so lang und breit sinniert.Der unentwegte Kampf der Kapitalisten einen möglichst hohen Profit zu erzielen,bei Strafe ihres Unterganges gegenüber ihren Konkurrenten,zwingt sie nämlich die Löhne möglichst niedrig zu halten und die Waren so teuer als möglich zu verkaufen.Die Entwicklung von Löhnen und Preisen verläuft so völlig unabhängig voneinander und ein Zusammenhang existiert nur über den Profitmechanismus der kapitalistischen Konkurrenz. Die Arbeiterklasse hat deshalb mit der bürgerlichen Ökonomie,die gerade das systematisch verleugnen muß, nicht das geringst zu schaffen.Seit dem A uftreten der Arbeiterklasse in der Arena des Klassenkampfs gilt von der bürgerlichen Ökonomie: "Er (der Klassenkampf;d.Verf. läutete die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie.Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei,sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich,bequem oder unbequem,ob polizeiwidrig oder nicht.An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte K opffechterei,an die S telle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik."(Marx,Nachwort zur 2.Auflage des Kapital) Die Arbeiter können sich daher heute nur mehr an eine Ökonomie halten:die Ökonomie der Arbeiterklasse,wie Marx sie in seiner Kritik der politischen Ökonomie niedergelegt hat.

F.W./Red.

Impressum:Eigentümer,Herausgeber,Verleger:Marxistisch-Leninistische Studenten Organisation (MLS);für den Inhalt verantwortlich:Herbert Veranic;alle:1080 Wien,Mölkergasse 3;Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien,Halbgasse 12.

Leserbriefe zur Ausbildung in der Sowjetunion

Ich hatte die Gelegenheit, mehrere Jahre in der Sowjetunion zu verbringen und besuchte dort die Mittelschule. Ich möchte daher den Artikel in der vorigen KHZ über die Hochschulausbildung etwas erweitern bzw. ergänzen.

Die Ausbildung in der Sowjetunion erfolgt nach bürgerlichen Prinzipien. Dies beginnt bereits in den Volksschulen. Hier möchte ich jedoch nur auf zwei der wichtigsten Erscheinungsformen bezüglich der Mittelschulen eingehen: die Aufspaltung der Mittelschule in verschiedene Schultypen und die Lostrennung des Unterrichts von der produktiven Arbeit. Beide sind typisch für die bürgerliche Erziehung und erst seit relativ kurzer Zeit auch typisch für die sowjetische Erziehung.

Konnte nach der Machtergreifung durch das Proletariat 1917 ein einheitliches Schulsystem geschaffen werden, so wurde im Zuge der revisionistischen Entartung der für alle gleiche Unterricht ersetzt durch den differenzierten Unterricht für die begabtesten, tüchtigsten und ausgewähltesten Schüler, die in erster Linie Kinder der revisionistischen Neuen Bourgeoisie und der intellektuellen Elite sind. Das sieht so aus, daß "Spezialschulen" mit Schwerpunkten auf bestimmten Gegenständen, z.B. Mathematik, Biologie, Sprachen usw., geschaffen wurden.So hat man in einer "Spezialschule" für Mathematik z.B. 12 Wochenstunden Mathematik. Dies auf Kosten vor allem jener Gegenstände, die die produktive Arbeit betreffen, jener Gegenstände also, die die Verbindung mit den werktätigen Massen verstärken sollen. Absolventen solcher Mittelschulen haben es natürlich leichter, bei der Aufnahmsprüfung in die Universität die notwendigen Punkte zu sammeln. Dieses System führt unvermeidlich dazu, daß die Kinder der breiten werktätigen Massen vorwiegend Arbeiter und einfache Techniker werden, während die Kinder der revisionistischen Elite Intellektuelle und Spezialisten werden können, die sich die leitenden Stellen untereinander aufteilen. Der ausschließlich theoretische Unterricht an den Hochschulen vervollkommnet diese Ausbildung, die eine vom Volk abgehobene Schicht zur Leitung des Staates und der Produktion hervorbringt.

Die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit, ein grundlegendes Prinzip des Marxismus-Leninismus, existiert nur mehr in Rudimenten und geht nicht über den Rahmen des hiesigen Handarbeitsunterrichts hinaus. Die Worte Lenins, daß sowohl der Unterricht und die Erziehung ohne die produktive Arbeit, als auch die produktive Arbeit ohne den Unterricht und die Erziehung parallel dazu nicht auf die Höhen gelangen können, die vom heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte ermöglicht und gefordert werden, und die notwendig sind, damit die breiten Massen die Leitung aller gesellschaftlichen Verhältnisse innehaben können, sind heute von den Sowjetrevisionisten über Bord geworfen. Diese Unterschätzung und Verachtung der produktiven Arbeit als Bestandteil und wesentliches Element der Erziehung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem intellektuellen bürgerlichen Kurs, den die Revisionisten seit längerem schon in der sowjetischen Schule eingeschlagen haben.

Wie sieht es mit der Verbindung von Theorie und Praxis an Abendhochschulen (Hochschulen für Werktätige) aus? Ein Moskauer Student (ein ehemaliger Mitschüler von mir) schreibt dazu: "Wir lernen sehr intensiv, da der Unterrichtsstoff fast denselben Umfang hat wie der in den gewöhnlichen Hochschulen." Die Selektion ist sehr scharf. Nach jedem Semester gibt es eine einmonatige Prüfungsperiode, in der man alle Prüfungen über das vorangegangene Semester ablegen muß, will man nicht von der Hochschule ausgeschlossen werden. Dieses System bevorzugt natürlich eindeutig wieder die Kinder der revisionistischen Elite. Die praktische Ausbildung besteht zum Großteil aus Exkursionen in Fabriken. "Bei den Prüfungen werden Kenntnisse über die industrielle Durchführung verschiedener in Lehrbüchern und anderen Quellen beschriebener Prozesse gefordert. Oft wird verlangt, diesen oder jenen Prozeß theoretisch zu untermauern, zu beweisen, daß er gerade so und nicht anders abläuft." Reines Bücherwissen! Keine Spur davon, daß man Kenntnisse aufgrund produktiver Arbeit erwirbt.

All das zeigt, daß das sowjetische Unterrichtswesen bürgerliche Züge angenommen hat. Die Schüler werden durch die Aufspaltung in verschiedene Schultypen in "gescheitere" und "dümmere" eingeteilt, wobei sich die "gescheiteren" später vor der produktiven Arbeit drücken werden und, abgehoben vom Volk, den Staat und die Produktion leiten werden. "Dümmeren" hingegen bleibt die höhere Ausbildung versperrt und sie werden einfache Techniker und Arbeiter und werden an der Leitung des Staates und der Produktion nicht teilnehmen können.

G.M.

Ich habe ein Jahr (1969/7o) an einer sowjetischen Hochschule (Staatsuniversität Moskau) studiert und deshalb Ihren Artikel über das sowjetische Studentenleben (Gespräch mit Prof. W.S. Woslenskij) in der letzten Nummer Ihrer Zeitschrift mit Interesse gelesen. Ich stimme mit Ihrem Kommentar überein, daß die sowjetischen Intellektuellen eine von der übrigen Bevölkerung losgelöste Schicht sind, die über vielfache Privilegien verfügen, und möchte einige Einzelheiten hinzufügen.

Die Privilegien sind nicht für alle Intellektuellen gleich, es gibt genaue Abstufungen. An der Universität gibt es z.B. drei Kategorien von Speisesälen: einen für die Masse der Studenten, wo es so gut wie keine Auswahl gibt und die Wartezeit eine halbe Stunde beträgt, einen "mittleren" mit Kellnerbedienung und den doppelten Preisen für Aspiranten, Dozenten und den akademischen "Mittelbau", wo die Wartezeit ebenfalls eine halbe Stunde beträgt, und schließlich ein Restaurant für Professoren, das nur mehr mit einem eigenem Ausweis betreten werden kann.

Diese akademische Hierarchie findet sich in anderen Bereichen, z.B. in der Lenin-Bibliothek in Moskau wieder. Es gibt dort vier Leserkategorien mit verschiedenen Ausweisen und getrennten Lesesälen: gewöhnliche Bürger, Studenten, Aspiranten und Dozenten etc. und schließlich Professoren, Doktoren der Wissenschaft und Akademiemitglieder. Nur die oberste Gruppe (Kategorie "A") hat das Recht, alles zu lesen. Die Leser der übrigen Kategorien können praktisch nur russische Literatur sowie die Literatur der sowjetisch kontrollierten osteuropäischen Länder und die Zeitschriften der mit Moskau liierten Parteien lesen. Alle übrigen Bücher und Zeitschriften tragen im Katalog ein eigenes Zeichen, das bedeutet, daß sie ohne Sondergenehmigung nicht gelesen werden können.

Eine öffentliche politische Betätigung der sowjetischen Studenten gibt es nicht. Die Moskauer Staatsuniversität, in der 1o.ooo Menschen wohnen, verfügt zwar über ein Kino, Schachsäle, ein Hallenbad, Sportsäle, ein Theater etc., aber es gibt nie politische Vorträge, Diskussionsveranstaltungen oder Demonstrationen. Die Teilnahme an den Demonstrationen vom 7. November und 1. Mai ist obligatorisch.

Der Komsomol ist eine Organisation mit faktischer Zwangsmitgliedschaft, die gewisse kulturelle und sportliche Aktivitäten entwickelt und einmal im Jahr eine Delegiertenkonferenz abhält. Die Funktionäre des Komsomol führen zuweilen eine "Moralkontrolle" durch, wie die sowjetischen Kollegen das nannten, daß heißt, sie kontrollierten mitten in der Nacht, ob man jemanden bei sich im Zimmer hat.

Um diese scheinbar totale Entpolitisierung aufrechtzuerhalten, gibt es ein entwickeltes Spitzelsystem: der KGB hat Agenturen an allen Universitäten, in allen Instituten, in jeder Abteilung, auf jedem Stockwerk der Studentenheime. Die Spitzel arbeiten nicht völlig geheim, sie lassen einen zur Einschüchterung erkennen, für wen sie arbeiten. Sie dringen zu jeder beliebigen Zeit in die Zimmer ein und verlangen ohne Begründung Auskunft über alles, was ihnen interessant erscheint. Von meinen westeuropäischen Kollegen wurden zwei wegen politischer Diskussion ausgewiesen und eine sowjetische Aspirantin, die mit dem einen befreundet war, wurde von der Universität relegiert.

G.H.

Veranstaltung der MLS zur Befreiung Wiens 16.4.

Chile-Demonstration 17.4.
Chile-Veranstaltung der MLS 21.4.

Veranstaltung des KB Wien zum 1.Mai an der UNI 23.4.
Große 1.Mai-Veranstaltung 30.4.

Mai-Demonstration 11h - Burgtor